



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Kommissionsdrucksache

17. Wahlperiode

17/28

Zwischenbericht

über die Tätigkeit der

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder

(Kinderkommission)

vom 25. April 2012 bis 22. Januar 2013

Vorsitz: Diana Golze, MdB (DIE LINKE.)

vorgelegt dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

	Inhalt	Seite
I.	Einleitung	6
II.	Schwerpunktthemen des Arbeitsprogramms	6
1.	Soziale Lage von Kindern und Jugendlichen	6
1.1.	Expertengespräch zum Thema „Soziale Lage von Kindern und Jugendlichen“ am 25. April 2012	6
1.2.	Expertengespräch zum Thema „Was bedeutet Armut für Kinder in den verschiedenen Lebensphasen?“ am 9. Mai 2012	8
1.3.	Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Was braucht ein Kind?“ am 13. Juni 2012	11
1.4.	Stellungnahme zum Thema „Soziale Lage von Kindern und Jugendlichen“	13
2.	Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	18
2.1.	Expertengespräch zum Thema „Armutserfahrungen von Kindern, Ausmaß der Verwirklichungs- und Handlungschancen“ am 27. Juni 2012	18
2.2.	Expertengespräch zum Thema „Wie sichert man die altersgerechte Beteiligung an den alltäglichen Orten des Aufwachsens?“ am 26. September 2012	20
2.3.	Expertengespräch zum Thema „Beteiligungsmöglichkeiten am praktischem Beispiel“ am 17. Oktober 2012	20
2.4.	Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Woran erkennt man eine kindgerechte Kommune?“ am 24. Oktober 2012	23
2.5.	Expertengespräch zum Thema „Schaffung von unabhängigen Beratungsstellen/Ombudsstellen“ am 7. November 2012	25
2.6.	Expertengespräch zum Thema „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kinder- und Jugend(sozial)arbeit“ am 28. November 2012	26



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

2.7.	Expertengespräch zum Thema „Beteiligung auf der Bundes- und internationalen Ebene“ am 12. Dezember 2012	29
2.8.	Stellungnahme zum Thema „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“	32
III.	Behandlung weiterer Themen	38
1.	Religiös motivierte Beschneidung von Jungen	38
2.	„Katzenschreck“	38
3.	Sexueller Kindesmissbrauch	39
4.	Pauschalierendes Entgeltsystem Psychiatrie-Psychosomatik (PEPP)	41
IV.	Veranstaltungen unter Beteiligung der Kinderkommission	41
1.	Vorstellung der Aktion der ARD-Fernsehlotterie am 9. Mai 2012	41
2.	Internationaler Kindertag am 1. Juni 2012	43
3.	Tag der Ein- und Ausblicke am 9. September 2012	43
V.	Gespräche der Kinderkommission außerhalb der Sitzungen	44
	Besuch der Arche am 23. Mai 2012	44
VI.	Öffentlichkeitsarbeit	46
1.	Pressemitteilungen	46
2.	Pressekonferenzen	46
2.1.	Pressekonferenz zur Vorsitzübergabe	46
2.2.	Pressekonferenz zum Kinderrechtekongress am 28. November 2012	48



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

3.	Kindertag im Deutschen Bundestag	50
VII.	Kinder- und jugendpolitische Termine der Mitglieder der Kinderkommission	52
VIII.	Anlagen	58



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

I. Einleitung

In der Kommission für die Wahrnehmung der Belange der Kinder des Deutschen Bundestages (Kinderkommission) wechselt der Vorsitz zwischen den fünf Kommissionsmitgliedern turnusmäßig in der Reihenfolge der Fraktionsstärke. Die erste Vorsitzzeit hatte dementsprechend der Bundestagsabgeordnete Eckhard Pols von der CDU/CSU inne. Danach folgte die Bundestagsabgeordnete Marlene Rupperecht von der SPD. Am 27. Juli 2011 hatte die Bundestagsabgeordnete Nicole Bracht-Bendt von der FDP den Vorsitz übernommen.

Am 25. April 2012 trat die Bundestagsabgeordnete Diana Golze von der Fraktion DIE LINKE. den Vorsitz an.

Ihr Arbeitsprogramm umfasste die folgenden Themen:

- Soziale Lage von Kindern und Jugendlichen
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Weitere Beratungsthemen in der Vorsitzzeit der Abg. Diana Golze ergaben sich aus aktuellen politischen Diskussionen.

II. Schwerpunktthemen des Arbeitsprogramms

1. Soziale Lage von Kindern und Jugendlichen

1.1. Expertengespräch zum Thema „Soziale Lage von Kindern und Jugendlichen“ am 25. April 2012

Herr **Prof. Dr. Michael Klundt** (Hochschule Magdeburg-Stendal) wies einleitend auf die grundsätzliche Schwierigkeit hin, den unbestimmten Rechtsbegriff „Kindeswohl“ zu bestimmen. In jedem Einzelfall müsse überprüft werden, ob eine Kindeswohlgefährdung vorliege. Als Auslegungshilfe könne der Kriterienkatalog des SGB VIII herangezogen werden. Dessen Details belegten, dass die Kinderarmut Auswirkungen auf das Kindeswohl hätten. Erstens sei das Recht junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung und Erziehung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten betroffen. Zweitens werde die Gesundheits- und Bildungsbenachteiligung verstärkt. Drittens führe die Kinderarmut dazu, dass die Kinder weniger stark vor Gefahren für ihr Wohl geschützt seien.

Existenziell sei das Problem der Kinderarmut auf globaler Ebene. Bei der Armut in reichen Ländern hingegen könne man von einer Klassengesellschaft sprechen: Die Herkunft entscheide über Gesundheitszustand und Bildungskompetenzen der Kinder. Kinder aus akademisch gebildetem, reichem Elternhaus hätten bei gleicher Leistung eine sechsmal höhere Chance, ein Gymnasium zu besuchen als Arbeiterkinder. Die am stärksten benachteiligte Gruppe seien die Flüchtlingskinder.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Das staatliche Wächteramt müsse im Falle einer Kindeswohlgefährdung eingreifen, um Ungerechtigkeiten, Ungleichheiten und Benachteiligungen auszugleichen. In den letzten Jahren habe die Kinder- und Jugendhilfe in der Bekämpfung von Armut und massiven Benachteiligungen in den Bildungs- und Gesundheitsbereichen jedoch nicht präventiv arbeiten können, weil sie im Interventionsbereich so viel zu tun gehabt habe. Zusätzlich kämen neue Aufgaben hinzu, ohne dass die personellen und finanziellen Mittel aufgestockt würden.

Betonen wolle er auch, dass Rassismus eine Form der Menschenrechtsverletzung darstelle. In den letzten Jahren werde auf Kinderarmut mit Bagatellisierung und einer stigmatisierenden Annahme von Kindeswohlgefährdung reagiert. Die letzte Sinus-Studie sowie die Rheingoldstudie hätten ausgeführt, wie sich diese Stigmatisierung in der Entwicklung der Kinder niederschläge.

Am Beispiel des Bildungspakets wolle er auf die fehlende Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen eingehen. Dieses Paket sei nicht geeignet, die Kinderarmut zu bekämpfen. Zum einen sei das Existenzminimum nicht angehoben worden und zum anderen schwinde in den Diskursen ein kollektives Misstrauen mit, dass die Eltern nicht mit Geld umgehen könnten. Außerdem belegten die letzten Studien, dass zum einen die Betroffenen die Leistungen nicht in Anspruch nähmen und zum anderen die Leistungen des Bundes lediglich bisherige Aufgaben der Länder und Kommunen ersetzen.

Zur fehlenden Inanspruchnahme von bestehenden Angeboten für Alleinerziehende, bei denen der Anteil armutsgefährdeter Personen im Vergleich höher sei, erläuterte er, dass die zu überwindende Hemmschwelle angesichts der gesellschaftlichen Stigmatisierung sehr hoch sei. Niemand wolle sich als „Loser“ outen. Ferner werde Alleinerziehenden zwar Kindergeld gezahlt, jedoch würde dieses über den Unterhaltsvorschuss wieder vollständig abgezogen.

Insgesamt seien die bestehenden Formen des Elterngeldes, des Bildungspaketes und des geplanten Betreuungsgeldes nicht geeignet, der Kinderarmut entgegenzuwirken.

Frau **Dr. Sabine Schutter** (Deutsches Jugendinstitut e. V.) ging auf die besondere Situation Alleinerziehender ein, die noch prekärer sei, da deren Kinder im Hinblick auf soziale Ungleichheit, das Familienleben und die Inanspruchnahme von Jugendhilfeleistungen besonders belastet seien.

Die Armut der Kinder gehe häufig mit der Armut der Alleinerziehenden selbst einher. Soziale Ungleichheit erschöpfe sich hier nicht in Einkommensarmut, sondern müsse mit Bildungsarmut und Einkommensarmut ergänzt werden. Vielen Alleinerziehenden fehle die Zeit, sich um die Bildung ihrer Kinder zu kümmern.

Auch die Kinder gerieten unter Zeitnot, da sie ihre Zeit zwischen zwei Haushalten teilen. Einerseits sei es positiv, dass die Kinder auch Umgangskontakt zum nicht im Haushalt lebenden Elternteil hätten. Andererseits stünden sie häufig vor der Wahl zwischen der Umgangszeit mit einem Elternteil oder alternativen Aktivitäten, sodass sie auf vieles verzichten müssten.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Die Zahl der stationären Aufenthalte in Erziehungseinrichtungen sei laut einer Studie bei Kindern Alleinerziehender zwanzigmal höher als bei Kindern mit zwei leiblichen Eltern im Haushalt. Das hänge auch damit zusammen, dass Alleinerziehende häufiger Leistungen nach dem SGB II bezögen. Es sei bewiesen, dass Kinder ein erhöhtes Risiko hätten, in stationäre Einrichtungen zu kommen, wenn sie in Haushalten lebten, die Leistungen nach dem SGB II in Anspruch nähmen.

Sie vermute, dass die fehlende Inanspruchnahme der Angebote für Alleinerziehende damit zusammenhänge, dass viele Alleinerziehende die eigene Situation als vorübergehende Lebenssituation begriffen.

Der Kindeswohlbegriff des SGB VIII sei zu kritisieren, da die „Armut“ auf der einen Seite eine Strukturvariable und das „Kindeswohl“ auf der anderen Seite eine individuelle Variable sei. Dazwischen stehe die intervenierende Variable „Familie“, die für die Armutsbewältigung zuständig sei. In dieser Begriffskonstellation werde das strukturelle Problem „Armut“ individualisiert. Den Begriff „Armut“ solle man stattdessen durch die Strukturvariable „soziale Ungleichheit“ ersetzen. Dieser Begriff verdeutliche, dass die Gesellschaft, und nicht die Familie für die Armutsbewältigung zuständig sei.

Sie stimme zu, dass die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen verbessert werden müsse, da Familien in prekären Lebenslagen häufig die Unterstützung aus verschiedenen Hilfesystemen benötigten. Diese Zusammenarbeit könnte zu einer systematischen Verbesserung der Situation der Familie beitragen.

Zukünftig bestehe insgesamt Bedarf nach standardisiertem Wissen über kindliche Bedürfnisse.

1.2 Fachgespräch zum Thema „Was bedeutet Armut für Kinder in den verschiedenen Lebensphasen?“ am 9. Mai 2012

Herr **Prof. Dr. Ronald Lutz** (FH Erfurt) erläuterte, dass ein Kind ab der Geburt mit der Aneignung von Fähigkeiten beginne. Dieser Aneignungsprozess müsse in einer Co-Produktion von Kind, Eltern, ErzieherInnen und LehrerInnen stattfinden. Einschränkungen gebe es bei Kindern, die in sozial benachteiligten Lebensverhältnissen aufwachsen.

Vor diesem Hintergrund zähle er neben formalen Bildungsabschlüssen auch die Ausbildung von Fähigkeiten und Kompetenzen sowie Zugang zu dem Bereich Bildung und Vertrauen in die Welt. Es seien Einschränkungen in allen Lebensbereichen zu verzeichnen, z. B. Kleidung, Urlaub und Ernährung. Viele benachteiligte Familien seien mit der wachsenden Ernährungs- und Gesundheitsbildung ihrer Kinder überfordert. Zu verzeichnen seien auch psychische Störungen, wie Kopfschmerzen, emotionale Instabilität und Unsicherheit. Um der mangelnden Ernährung entgegenzuwirken, habe man vermehrt Kindertafeln eingerichtet, damit die Kinder überhaupt bestimmte Formen der Mahlzeit erhielten.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Problematisch sei, dass arme Kinder aufgrund von Transferleistungen auch häufig in infrastrukturell schlecht versorgten Stadtteilen zusammen mit Gleichaltrigen in derselben sozialen Lage wohnten.

Ein Zusammenhang sei auch zwischen „Armut“ und „Erziehungsarmut“ erkennbar. Kinder aus Hartz-IV-Familien würden häufiger in ein Heim oder zu Pflegeeltern gegeben. Familien, die allein gelassen würden und immer weniger mit dem Alltag klar kämen, erschöpften sich in ihren Alltags- und damit auch in ihren Erziehungskompetenzen.

Bereits bei der Schuleingangsuntersuchung sei feststellbar, dass arme Kinder größere Probleme im Sprach- und Sozialverhalten hätten. Somit begännen diese Kinder ihren Schulalltag mit vielen Benachteiligungen, die auch durch Schulen kaum zu korrigieren seien. Dahinter stehe das Problem der Bildungsaspiration der Eltern, die häufig selbst bildungsarm seien. Insgesamt seien Kinder in Haushalten mit aktuellem SGB-II-Bezug in nahezu allen Bereichen stärker unterversorgt als Kinder in gesicherten finanziellen Verhältnissen.

Das führe dazu, dass die Zugänge zu Gymnasium und Studium einerseits und der Zugang zur Hauptschule andererseits entsprechend der Sozialstruktur sozial ungleich verteilt seien. Lediglich 20 Prozent der jungen Menschen aus sozial benachteiligten Lebenslagen hätten für sich geplant, das Abitur zu machen, während es in den mittleren und oberen Schichten 80 Prozent seien. Das sei ein Fehler im System.

Mit dem von ihm abgelehnten Begriff der „Bildungslandschaften“ seien lediglich formale Konstruktionen umschrieben. Es gehe auch nicht darum, dass die einzelnen Bildungseinrichtungen „miteinander redeten“. Es sei vielmehr zu begreifen, dass Bildung nicht nur in den Einrichtungen stattfinde, sondern auch im sozialen Raum. Schulen, Kindergärten, Sportvereine, Kirchen u. ä. müssten im Kontext von „Bildungslandschaften“ viel offener werden. Im Kontext von Teilhabeprozessen müssten „Bildungslandschaften“ als „Verwirklichungskulturen“ begriffen werden.

Die Bildungspläne der Bundesländer seien von hohem wissenschaftlichen Niveau. Das Problem liege in ihrer Umsetzung. Den ErzieherInnen fehle die Zeit für eine Auseinandersetzung sowie eine diesbezügliche Qualifizierung.

Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket sei ein richtiger Zugang gelegt worden. Die Umsetzung sei jedoch im Hinblick auf die Bedürftigkeitsprüfung hochgradig individualisierend. Erforderlich wären vielmehr Investitionen prinzipieller Art in die Infrastruktur.

Positiv sei zu vermerken, dass in den letzten Jahren im Kontext der Akademisierung der ErzieherInnenausbildung eine Sensibilisierung für das Thema Armut und seine Auswirkungen auf die Kinder eingetreten sei.

An der FH Erfurt sei ein Forschungskindergarten eingerichtet worden, um bestimmte Möglichkeiten der frühkindlichen Bildung zu erproben. Familien seien in der komplexen Moderne, die vom Aufweichen der traditionellen Sozialstrukturen und Individualisierungsprozessen geprägt sei, nicht mehr in der Lage, all das zu bewerkstelligen, was Kinder heute an Kompetenzen und Fähigkeiten im frühesten Alter erwerben müssen. Studien hätten bewiesen, dass sich Investitionen in frühkindliche Bildung lohnten, in



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

dem sie die Zahl der „Hartz-IV-Karrieren“ reduzierten sowie Kriminalität und Drogensucht eingrenzten.

Herr **Prof. Dr. Christian Palentien** (Universität Bremen) führte aus, dass Armut als „Nichtteilhabe am gesellschaftlich akzeptierten Lebensstandard“ definiert werde, die sich an den Bereichen Bildung, Kultur, gesellschaftliches Leben und soziale Situation festmache. Ökonomisches Kapital sei über Zeit und Geld in Bildung transformierbar.

Das Problem habe man bereits in den sechziger Jahren gekannt und damals mit dem Begriff „Bildungskatastrophe“ umschrieben worden. Seinerzeit galten vor allem katholische Mädchen vom Land aus Arbeiterfamilien als benachteiligt. Heute seien insbesondere männliche Migranten in Großstädten mit Eltern im Hartz-IV-Bezug von Armut betroffen. Bestimmte städtische Regionen und ein Migrationshintergrund würden heutzutage als Benachteiligungsfaktoren gelten.

In der Vergangenheit sei die Armut absolut gewesen; heute müsse man sie in Relation zu anderen Schichten sehen. Er warne allerdings vor dem Problem der Segregation: Vermehrt gebe es Stadtteile, in denen es keine privilegierten Kinder gebe, sodass es an den dortigen Schulen nur noch arme und benachteiligte Kinder gebe.

Ursächlich für die fortbestehende Kinderarmut sei, dass man sich zu sehr auf die Strukturen im Bildungsbereich konzentriert habe und nicht in den Bildungssektor hineingeschaut habe. Er verstehe unter Bildung nicht nur die formalisierte Bildung an Schule und Hochschule, sondern subsumiere alles von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschulbildung darunter, sodass auch der non-formelle Bereich erfasst sei. Kinder und Jugendliche scheiterten insbesondere an den Übergängen. Problematisch sei etwa, dass Kinder, die von ihrer Intelligenz her auf ein höher qualifiziertes Schulsystem müssten, aufgrund ihrer sozialen Lage im niedrig qualifizierenden Schulsystem gelandet seien.

Sowohl in der Schulpädagogik als auch in den Erziehungswissenschaften werde ein Capability-Ansatz diskutiert, d. h. man konzentriere sich auf die Stärken und nicht auf die Defizite der Kinder.

Ferner setze man sich mit Diagnoseverfahren zur Identifizierung der Defizite auseinander. Dazu gebe es verschiedene Tutoren- und Coachingprojekte, die im Kontext mit der Reform der Lehrerbildung eingeführt worden seien, in denen Kinder für ein Jahr von Studierenden unterstützend begleitet würden. Zudem müssten Studierende in Bremen Defizite, z. B. im Umgang mit jungen Menschen, ausgleichen, bevor sie zum Masterstudium zugelassen würden. Im Schulsektor seien Werkschulen, die Kindern, die es im Regelschulsystem nicht schafften, eine zweite Chance bieten, im Gespräch. Außerdem habe man zur Entschärfung des Schulwechsels nach der 4. Klasse in Niedersachsen und Bremen Oberschulen eingeführt, auf denen man wie an Gymnasien das Abitur machen könne. So verlagere sich der Wechsel zur nächsten Schulform nach hinten.

Abschließend appellierte er an die Abgeordneten, das Thema Schule zukünftig aus dem politischen Diskurs herauszunehmen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

1.3. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Was braucht ein Kind?“ am 13. Juni 2012

Am 13. Juni 2012 fand ein öffentliches Expertengespräch zum Thema „Was braucht ein Kind?“ statt, zu dem unter http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/39309859_kw24_pa_kiko/ der folgende Artikel erschienen ist:

"Hartz IV ist kein Überbrückungsgeld"



Die Kiko wollte herausfinden, was Kinder brauchen. © dpa

Fürsorgliche Eltern, finanzieller Spielraum und die Chance, gesellschaftlich dabei sein zu können — das sind drei mögliche Antworten auf die Frage, was ein Kind braucht. Eine Antwort darauf, wie jedem Kind dafür so viele Steine wie möglich aus dem Weg geräumt werden können, suchte die **Kinderkommission (Kiko)** des Deutschen Bundestages am **Mittwoch, 13. Juni 2012**, in einem öffentlichen Expertengespräch unter Vorsitz von **Diana Golze (Die Linke)**. Doch eine Patentlösung scheint nicht in greifbare Nähe zu rücken.

"Bedarfssätze sind auf Kante genäh"

Kritik wurde am derzeit praktizierten Regelsatzsystem für Hartz-IV-Empfänger geäußert. Für den Sachverständigen **Dr. Rudolf Martens** vom **Paritätischen Wohlfahrtsverband** sind die Bedarfssätze für Kinder und Jugendliche "viel zu knapp auf Kante genäh". Kinder aus Familien, die auf Hartz IV angewiesen sind, könnten auf Grundlage der derzeit gewährten Regelsätze von 219 Euro für Kinder bis unter sechs Jahren, 251 Euro für Kinder bis unter 14 Jahren und 287 Euro für Jugendliche bis unter 18 Jahren nicht angemessen am sozialen Zusammenleben teilnehmen. Martens kritisierte, dass zum Beispiel bei der Berechnung der Bedarfssätze die Kosten für Mobilität nicht einbezogen worden seien. "Doch wissen wir, dass rund 60 Prozent der betroffenen Kinder im Umland von Städten oder in ländlichen Gebieten leben", sagte er.

In der Praxis bedeute dies Kosten, die nicht einfach aufzufangen seien. Der Experte stellte fest, dass Familien, die Hartz IV beziehen, im Regelfall lange auf Unterstützung angewiesen sind. "Der Regelsatz ist kein Überbrückungsgeld, sondern wird für viele Jahre bezogen." Insofern sei die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen der Unterstützung von besonderer Bedeutung für die betroffenen Kinder, weil es sich nicht nur um eine kurze Zeit, sondern unter Umständen um eine ganz Entwick-



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

lungsphase handeln könne. Deshalb schlug Martens vor, die Regelsätze für Kinder nach seinen Berechnungen um acht bis neuen Prozent zu erhöhen.

"Sachleistungen sind verfassungsrechtlich zulässig"

Expertin **Prof. Dr. Anne Lenze** von der **Hochschule Darmstadt** äußerte sich über das von der Bundesregierung aufgelegte Bildungs- und Teilhabepaket, das durch Sachleistungen als Ersatz für Geldzahlungen im Regelsatz dem Bedarf nach Bildung und Persönlichkeitsentwicklung gerecht werden soll. Sie stellte fest, dass diese Methode "verfassungsrechtlich zulässig" sei.

Doch sah sie darin auch den Ursprung einer neuen Gerechtigkeitslücke begründet, denn im Zuge der Einführung des Teilhabepaketes seien vorher ausgezahlte Geldmittel aus dem Regelbedarf in die Sachleistungen überführt worden. "Nur werden die Sachleistungen von rund 50 Prozent der betroffenen Familien abgerufen", sagte Lenze. Zudem könnten viele Familien die für die kulturelle Entfaltung vorgesehenen Leistungen nicht in Anspruch nehmen, weil es in ihrem Umfeld keine entsprechenden Angebote gebe.

"Persönlichkeitsrechte selbstständig wahrnehmen"

Teilhabe gelinge also nur in den Fällen, wo entsprechende Angebote bestehen würden — also zum Beispiel Vereine existieren, die entsprechende Gutscheine einlösen. "Wo kein Angebot ist, besteht kein Anspruch auf Teilhabe", kritisierte sie einen dadurch entstehenden Widerspruch. Außerdem würde auf diese Weise Jugendlichen Geld entzogen, auf das sie keinen Zugriff mehr hätten. "Ältere Jugendliche wollen unter Umständen ihre Persönlichkeitsrechte selbstständig wahrnehmen und nicht in einem Verein."

Rechtlich hielt Lenze das für bedenklich, denn es gebe einerseits durch das Teilhabepaket einen festgestellten Bedarf, der aber nur durch institutionelle Organisationsformen wie zum Beispiel Sportvereine gedeckt würde. Das tangiert nach Auffassung von Anne Lenze das im Grundgesetz festgeschriebene Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit.

"Gutscheine sind mit einem Stigma behaftet"

In der Diskussion mit den Kiko-Mitgliedern riet Lenze von der Gewährung reiner Sachleistungen zur Verbesserung der Situation von Kindern in Hartz IV ab. "Für Kinder ist es wichtig, mit anderen mitzuhalten", sagte sie. Gutscheine seien mit einem Stigma behaftet. Doch wie garantiert werden könne, dass ausgezahltes Geld wirklich die Kinder erreicht, blieb strittig.

Nach Auskunft von Rudolf Martens leben derzeit rund zwei Millionen Kinder und Jugendliche im "SGB-II-System", erhalten also Hartz IV. Eine Antwort, wie die Lebensverhältnisse von Kindern verbessert werden können, bot Anne Lenze an: "Die Schule kann zur stigmafremen Zone umgestaltet werden." Ganztagschulen können ihrer Meinung nach kulturelle und bildungsfördernde Angebote machen, die unabhängig von Geld- oder Sachleistungen allen Kindern gleichermaßen angeboten werden und sie teilhaben lassen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Das Wortprotokoll kann unter http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/kiko/Oeffentliche_Veranstaltungen/Oeffentl__Expertengespr__Was_braucht_ein_Kind_/Wortprotokoll.pdf abgerufen werden.

1.4. Stellungnahme zum Thema „Soziale Lage von Kindern und Jugendlichen“

Zum Abschluss dieses Themas hat die Kinderkommission die folgende Stellungnahme herausgegeben:



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Kommissionsdrucksache

17. Wahlperiode

17/18

Berlin, 11. Februar 2013

Diana Golze, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10117 Berlin

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Soziale Lage von Kindern und Jugendlichen“

Kinder sind eine eigenständige Bevölkerungsgruppe mit eigenen Rechten und Ansprüchen an die Gesellschaft. Aus diesem Gedanken leitet die Kinderkommission viele ihrer politischen Forderungen ab. Von der Aufnahme von expliziten Kinderrechten in das Grundgesetz bis zum Erhalt des Kinder- und Jugendhilfegesetzes hat die Kinderkommission hierzu bereits verschiedene Stellungnahmen abgegeben und Forderungen formuliert.

Das Wohlbefinden und die soziale Lage von Kindern und Jugendlichen rückten in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus öffentlicher Auseinandersetzung. Die Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder des Deutschen Bundestages hält die Armut von Kindern und Jugendlichen für eines der schlimmsten Probleme in Deutschland.

Noch immer sind zu viele Kinder von Armut bedroht oder leben in armen Familien. Die Folgen für die betroffenen Kinder sind umfassend. Armut bedeutet nicht nur Mangel an finanziellen Mitteln, sondern zieht weitere Benachteiligungen nach sich. Arme Kinder haben erschwerte Zugänge zu Bildung, gesellschaftlicher Teilhabe und tragen nicht zuletzt ein erhöhtes gesundheitliches Risiko. Arme Kinder bleiben häufig unter sich und leben in strukturell unterversorgten Stadtteilen, sie erleben weniger Unterstützung und Anerkennung. Die Kinderkommission setzt sich dafür ein, dass Kinder gesund aufwachsen, Zugang zu guter Bildung haben und gleichberechtigt am alltäglichen Leben teilhaben können.

Von Armut betroffene Kinder und Jugendliche werden häufig mit unterschiedlichsten Stigmatisierungsprozessen konfrontiert, die



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Seite 2



in Teilen diskriminierende Formen annehmen. Abwertende Berichte und stereotype herabwürdigende Darstellungen in Medien über Eltern im Hartz IV-Bezug führen dazu, dass ihre Kinder Ängste vor Diffamierungen auf dem Schulhof entwickeln. Die Kinderkommission beobachtet diese Entwicklung mit großer Sorge und fordert, dass alles nur Mögliche unternommen wird, um diese Entwicklung zu stoppen.

Verstärkt durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungsmäßigkeit des Regelsatzes für Kinder in Hartz IV wird in Deutschland eine Debatte um die Frage geführt: Was braucht ein Kind? Diesem Thema widmete sich eine öffentliche Anhörung der Kinderkommission. Darüber hinaus wurden in mehreren Expertengesprächen folgende Fragen/Probleme beleuchtet:

- Auswirkungen von Armut auf das Kindeswohl
- Die besondere Situation der Kinder von Alleinerziehenden
- Auswirkungen von Armut auf die frühkindliche Bildung/Entwicklung von Kindern
- Auswirkungen von Armut auf die Bildungschancen/Schulische Entwicklung von Kindern
- Armutserfahrungen von Kindern, Ausmaß der Verwirklichungs- und Handlungschancen.

Darüber hinaus hat die Kinderkommission das Projekt „Die Arche“ in Berlin-Hellersdorf besucht. Die Mitglieder konnten sich dort einen guten Eindruck davon verschaffen, welche Infrastruktur von den von Armut betroffenen Kindern und Jugendlichen gebraucht wird. Auch die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben uns wichtige Hinweise gegeben, wie dem Armutsproblem grundsätzlich begegnet werden kann. Dabei wurde von den Mitarbeitern der „Arche“ auch zum Ausdruck gebracht, dass allein ein Mehr an Geld die Probleme der Familien nicht löst.

Schlussfolgernd aus den in diesen Gesprächen und der Anhörung gesammelten Informationen kommt die Kinderkommission zu folgenden Feststellungen:

Bei der Bekämpfung von Kinderarmut gibt es keine einfache Lösung. Es bedarf einer Vielzahl von Aktivitäten auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen. Der Bildung kommt dabei



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Seite 3



eine Schlüsselposition zu. Wichtig ist, dass soziale Transfers nicht gegen infrastrukturelle Investitionen ausgespielt werden dürfen. Auf beiden Gebieten sind dringend Verbesserungen zugunsten der Kinder durchzusetzen.

Sozialleistungen für Kinder müssen sich an deren Bedarf orientieren, nicht an dem der Eltern. Die Politik muss hier kontinuierlich an Verbesserungen arbeiten. Zirkelschlüsse und eine geringe Datenmenge in einzelnen Positionen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die als Grundlage zur Berechnung der Regelleistungen im SGB II herangezogen wurde, führten zu Ungenauigkeiten und einer Absenkung der Regelsätze. Die Kinderkommission vertritt die Auffassung, dass bei der Erhebung die Kosten für eine gesunde Ernährung, Kleidung, Schulbesuch und Teilnahme an kulturellen Angeboten einbezogen werden müssen.

Die Kinderkommission setzt sich dafür ein, dass alle Kinder bestmöglich gefördert werden und ihnen eine qualitativ hochwertige öffentliche Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur direkt zugänglich ist. Das Bildungs- und Teilhabepaket leistet dazu einen wichtigen Baustein, die Antragstellung hat sich in der Praxis aber für einige Zielgruppen als zu kompliziert erwiesen. Verfassungsrechtlich verbriefte Bedarfe müssen von den Eltern gesondert beantragt werden. Aber selbst da, wo das Bildungspaket ankommt, werden die Bedarfe nicht gedeckt, sondern oftmals nur bezuschusst. Die Kinderkommission kritisiert, dass vielen Kindern berechnete Ansprüche aufgrund ihrer Abhängigkeit von dem Engagement der Eltern, eines mitunter bürokratischen Verfahrens und nicht bedarfsdeckenden Ansätzen nicht zuteil werden.

Auch daher müssen verstärkt Investitionen in infrastrukturelle Fördermaßnahmen in den Bereichen Bildung, Gesundheit sowie Kinder- und Jugendhilfe unternommen werden. Millionen von Kindern und Jugendlichen nutzen die außerschulischen Bildungsangebote in Vereinen, Jugendverbänden und Einrichtungen der Jugendarbeit. Die Kinderkommission hält es für unentbehrlich, den mehrfach geäußerten förderpolitischen Anspruch, dass die Jugendhilfeausgaben, deren Aufgaben zu folgen haben, bei allen anstehenden Veränderungsprozessen, die mit Aufgabenerweiterungen für die Jugendarbeit einhergehen, zu berücksichtigen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Seite 4



Nur mit personell und finanziell gut ausgestatteten Jugendämtern sowie einheitlichen Qualitätsstandards für die Kinder- und Jugendhilfe kann auch ein adäquater Kinderschutz gelingen. Hier sind auch die Träger der öffentlichen Jugendhilfe in der Verantwortung. Mit dem Bundeskinderschutzgesetz wurde eine gute Grundlage gelegt. Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, die Anforderungen dieses Gesetzes auch umzusetzen. Es bedarf einer Gemeinschaftsanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen, trotz angespannter Haushaltslagen die Prioritäten so zu setzen, dass bei Kinder- und Jugendarbeit Defizite erkannt und beseitigt werden.

Die Kinderkommission nimmt den 14. Kinder- und Jugendbericht zur Kenntnis und wird sich in die Diskussion um die Umsetzung der Empfehlungen einbringen.

Diana Golze, MdB



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

2. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

2.1. Expertengespräch zum Thema „Armutserfahrungen von Kindern, Ausmaß der Verwirklichungs- und Handlungschancen“ am 27. Juni 2012

Herr **Ulrich Schneekloth** (TNS Infratest Sozialforschung GmbH) erklärte, dass der „capability approach“ sowohl den World-Vision-Kinderstudien über die Situation der 6- bis 11-Jährigen als auch der Shell-Jugendstudie über die Situation der 12- bis 25-Jährigen zugrunde liege. Dabei werde die Frage nach den fehlenden Ressourcen um die Frage ergänzt, wie man Kinder befähige, Chancen wahrzunehmen, um zu einer aktiven gesellschaftlichen Teilhabe zu kommen.

Armut werde heute nicht mehr als akute physische Notlage definiert, sondern im Lichte des Lebenslagenansatzes als Ausdruck für fehlende Zukunftschancen in relevanten Lebensbereichen, die für eine angemessene gesellschaftliche Teilhabe maßgeblich sind. Im Lebenslagenansatz entstünden Begriffe wie Einkommensarmut, Bildungsarmut oder Gesundheitsarmut.

Insbesondere die Faktoren Bildungsherkunft, die Abwesenheit von Einkommensarmut und soziale Teilhabe, die auf eine adäquate gesellschaftliche Einbindung hinausliefen, sorgten dafür, dass Kinder sich selbst befähigen könnten, Chancen wahrzunehmen. Die Teilhabe sowohl an formeller als auch an informeller Bildung sei wichtig. Auch die Selbstwirklichkeitserwartung der Kinder korreliere mit der Lebenssituation und den Ressourcen. Kinder aus bildungsfernen Schichten trauten sich signifikant weniger zu und sähen sich selbst auch in ihren Perspektiven schlechter. Ferner hätten diese Kinder größere Schwierigkeiten in Peer-Groups zu agieren. Hingegen hätten Jugendliche keine Probleme, in ihrem Nahfeld soziale Beziehungen zu knüpfen. Allerdings gebe es zentrale Unterschiede bei der Medienkompetenz.

Insgesamt gingen Armutslagen und Ausgrenzung mit fehlendem Selbstbewusstsein und fehlender Fähigkeit, sich selbst zu verwirklichen, einher.

Ein zentraler Punkt sei auch die Wertschätzung der Meinung von Kindern sowie die Möglichkeit der Mitbestimmung. Es sei frappierend, wie groß das Mitbestimmungsdefizit im Bereich der Schule sei. Hier brauche man Initiativen, die Kinder befähigten, die richtigen Entscheidungen für ein gutes Leben zu treffen.

Wichtig sei es auch, Strukturen zu vernetzen. Dazu zählten nicht nur die Schulen, sondern alle Einrichtungen. Problematisch sei die Abruptheit der Übergänge. So dürfte z. B. die Entscheidung über den Schulwechsel in der 4. oder 5. Klasse keine unveränderliche Grundsatzentscheidung sein. Strukturen müssten hier geöffnet und Barrieren abgebaut werden.

Allerdings sei er nicht dafür, Lebenswelten zwanghaft zu mischen. Es müssten geschützte Räume geschaffen werden, die sich nach außen öffneten. So könne Differenzierung geschaffen werden, ohne dass diese zu Abschottung führe.

Abschließend appellierte er an die PolitikerInnen eine Kinderpolitik zu betreiben, bei der die Kinderperspektive im Vordergrund stehe.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Frau **Gudrun Quenzel** (Universität Bielefeld) stellte fest, dass Kinder armer Eltern ein großes Risiko hätten, selbst arm zu bleiben. Das hänge damit zusammen, dass sowohl das materielle Erbe als auch das Bildungserbe gering seien. Kinder aus bildungsfernen Haushalten seien gefährdeter, die Schule selbst ohne Schulabschluss zu verlassen. Problematisch seien insbesondere die 15 Prozent eines Jahrganges, die ohne Berufsabschluss blieben, da man in der heutigen Gesellschaft kaum eine Chance habe, ohne Berufsabschluss den Lebensunterhalt dauerhaft zu verdienen.

In den letzten 50 Jahren sei ein Paradox zu verzeichnen: Einerseits seien die Chancen von Kindern und Jugendlichen aus allen gesellschaftlichen Schichten auf höhere Bildung gestiegen. Andererseits habe sich die Chance auf sozialen Aufstieg über Bildung bei den untersten 20 Prozent verringert.

Die Ursachen seien divers: An den Hauptschulen fehlten ressourcenstarke Schüler, da nur noch weniger begabte SchülerInnen aus bildungsfernen Elternhäusern dorthin gingen. Ferner habe sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt verändert.

Auch wenn den Jugendlichen ihre perspektivlose Situation bewusst sei, hätten sie alle dieselben Wünsche: Teilhabe, Anerkennung der Gesellschaft, Schulausbildung, Beruf, Geld und Einfluss. Wenn die Chance des Gelingens aufgrund der Schichtzugehörigkeit gering sei, gebe es vier Reaktionsmöglichkeiten: Erstens könne man stark auf den Bildungserwerb setzen. Zweitens könne man mit Resignation reagieren. Drittens suche man Alternativen zum Statuserwerb, z. B. durch Glücksspiel. Viertens könne man Subkulturen aufbauen, in denen gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung nicht mehr angestrebt würden. Ferner bedeute der Bildungserwerb und der damit verbundene soziale Aufstieg gleichzeitig die Entfernung von der Herkunftsfamilie, sodass diese Jugendlichen einer doppelten Schwierigkeit ausgesetzt seien.

Sie kritisiere das deutsche Schulsystem, welches durch soziale Auslese geprägt sei. Insbesondere die Übergangsschwellen – von der Kita in den Kindergarten, vom Kindergarten in die Schule, von der Grundschule auf die weiterführende Schule – würden ressourcenschwächere Kinder immer wieder herauswerfen, weil die Mittel zur Verkräftung des Wechsels fehlten.

Diese Kenntnis müsse in der Konsequenz zur Schaffung „einer“ Schule führen. Die Zusammenlegung aller drei Schulformen sei jedoch politisch nicht durchsetzbar, sodass die z. T. bereits durchgesetzte Zusammenlegung von Haupt- und Realschule ein wichtiger Schritt sei. Das führe zumindest zu einer gewissen „Mischung“ der Kinder.

Es gebe zwei Schwellen, die Kinder aus ressourcenarmen Familien überwinden müssten: Zum einen würden sie bei Schuleintritt weniger Buchstaben kennen als Kinder aus der Mittelschicht, sodass Kinder aus bildungsschwachen Familien tatsächlich weniger Leistung erbrächten. Zum anderen würden bildungsarme Eltern ihre Kinder eher in der Haupt- oder Realschule einschulen als Bildungseltern, auch wenn die Kinder keine massiven Schwierigkeiten in der Schule hätten. Hier würde die Einschränkung des Elternwahlrechts Abhilfe schaffen, da im Bildungsbereich die Menschen zur Reproduktion neigten.

Neben dem Schulsystem sei auch der Arbeitsmarkt diskriminierend. Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund seien davon betroffen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Insgesamt müsse eine gute Bildungspolitik wirkliche Chancengleichheit für Kinder ermöglichen, indem das Elternwahlrecht eingeschränkt und das Wahlrecht der Kinder gestärkt werde. Das gelinge nur durch die Einführung von Unterstützungssystemen, damit Wahlmöglichkeiten besser und im Interesse der Kinder ausgeübt würden. Bildung sei *die* Möglichkeit in Deutschland, den sozialen Aufstieg und die selbstverantwortliche Versorgung zu erreichen.

2.2. Expertengespräch zum Thema „Wie sichert man die altersgerechte Beteiligung an den alltäglichen Orten des Aufwachsens?“ am 26. September 2012

Zu diesem Expertengespräch wurde auf der Homepage des Deutschen Bundestages unter dem Link http://www.bundestag.de/presse/hib/2012_09/2012_423/02.html der folgende Artikel herausgegeben:

Mitwirkungsrechte von Kindern stärken Kinderkommission - 27.09.2012

Berlin: (hib/ldi) Kinder- und Jugendliche werden immer öfter in das gesellschaftliche Leben einbezogen, doch noch immer gibt es bei den Beteiligungsmöglichkeiten der Heranwachsenden Nachholbedarf. Vor allem in der Schule sei der Partizipationsgrad sehr unbefriedigend. Das wurde bei einem nichtöffentlichen Expertengespräch der Kinderkommission des Deutschen Bundestages am Mittwochnachmittag deutlich. „Schule hat eigentlich eine Riesenchance, weil sie durch die Schulpflicht alle Kinder und Jugendlichen erreicht“, macht Ursula Winklhofer vom Deutschen Jugendinstitut deutlich. Doch insbesondere im Bildungswesen seien die Entscheidungsräume für Jugendliche sehr begrenzt. Um diese zu öffnen, gehöre es auch dazu, dass Erwachsene an Macht abgeben, machte Winklhofer deutlich. Dabei müssten auch Erzieher und Lehrer ihre Rolle überdenken. Das Thema Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen muss stärker im Ausbildungsplan der pädagogischen Berufe verankert werden, fügte Expertin Rebekka Bendig von der Prozessbegleitung Partizipation hinzu. Oft seien die Strukturen und Methoden vorhanden. „Erwachsene müssen jedoch offen sein, damit Beteiligung der Kinder und Jugendlichen gelingt“, so Bendig.

2.3. Fachgespräch zum Thema „Beteiligungsmöglichkeiten am praktischen Beispiel“ am 17. Oktober 2012

Frau **Ulla Bundrock-Muhs** (Bundesverband Anwalt des Kindes) beschrieb eingangs an drei Beispielen, wo Beteiligung stattfinden könnte, häufig jedoch nicht stattfindet: Erstens sei die Schülerselbstverwaltung ein in vielen Schulen verankertes Recht. In der Praxis würden die Mitspracherechte allerdings eingeschränkt. So werde ein Klassensprecher zwar häufig zu Lehrerkonferenzen eingeladen, aber das dortige Prozedere werde nicht erklärt und dadurch die Mitsprachemöglichkeiten eingeschränkt. In der Schülerselbstverwaltung könne man bei richtiger Umsetzung lernen, Anträge zu stellen, diese voranzutreiben und Verantwortung zu übernehmen. Der Vorteil sei, dass in



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

der Schule Demokratie im Kleinen geschehe und Anträge somit auch effektiv umgesetzt werden könnten.

Zweitens sei Beteiligung auf der Ebene der Kommunalpolitik möglich. Sie selbst habe erlebt, wie Jugendliche eine Skaterbahn in Eigenregie umgesetzt hätten. Allerdings sei die Voraussetzung gewesen, dass das Projekt der Kommune kein Geld koste, obwohl welches vorhanden gewesen sei.

Das dritte Beispiel seien die familiengerichtlichen Verfahren, in denen Kinder nach ihrer Meinung gefragt würden. Sie schilderte das Beispiel eines vierjährigen Jungen, der ausdrücklich den Wunsch geäußert habe, bei beiden Eltern leben zu wollen. Im Ergebnis habe dieser Junge seinen Vater lediglich einmal in der Woche sehen dürfen. Der Junge frage sich, warum er nach seinen Wünschen befragt werde, wenn diese nicht berücksichtigt würden. Hier stelle sich das Problem der Effektivität von Beteiligung.

Alle Beispiele seien Beweis dafür, dass es zwar gute Gesetze gebe, in denen die Beteiligung weitreichend geregelt sei, allerdings müssten diese auch umgesetzt werden.

Große Gruppen von Jugendlichen koppelten sich von der Gesellschaft ab in radikale Gruppierungen, die Familienstrukturen, Sicherheit und Orientierung geben. Die Demokratie könne auch diese Werte vermitteln. Das erfordere allerdings eine andere Haltung und ein anderes Zeitmanagement.

Zentraler Aspekt sei die Effektivität der Beteiligung. Sei diese nicht erkennbar, würden sich die Jugendlichen schnell zurückziehen. Hier könnte der Ausbau der Zusammenarbeit von Schule und Kommunen die Effektivität der Arbeit fördern. Dem Jugendhilfeausschuss müsste unter Einbindung von SchülerInnen ein Rederecht zukommen, sodass eine Vernetzung zwischen Unterricht vor Ort und den politischen Gremien stattfinde. Nach der Schule sei der Jugendhilfeausschuss die kleinste Zelle, in der Jugendliche vor Ort tatsächlich Politik lernen könnten. Wichtig sei es, dafür zu sorgen, dass dieser für Jugendliche keine leere Hülse darstelle, sondern dort tatsächlich auch Entscheidungsprozesse in Gang gesetzt würden.

Zur Stärkung der Kinderrechte arbeite der Bundesverband Anwalt des Kindes an einem Konzept, dass in einer Kinderanwaltskammer enden solle. Ein Aspekt sei auch die Wahrung der Unabhängigkeit, denn bisher stünden etwa Verfahrenspfleger in einem Abhängigkeitsverhältnis, da sie vom Gericht bestellt würden.

Frau **Ursula Fritschle** (Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe e. V.) ging einleitend auf die Tätigkeit des Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe e. V. ein, der sich für eine offensive, bedarfsgerechte und gesetzmäßige Jugendhilfe einsetze und sich ausschließlich aus Spenden finanziere. Er sei ein Zusammenschluss ehrenamtlich engagierter Fachkräfte der Berliner Jugendhilfe. Im Jugendhilfeverfahren gebe es zwar auf der Grundlage des SGB VIII umfangreiche Beteiligungsmöglichkeiten; es gebe dennoch zwei Gründe für die Einrichtung unabhängiger Ombudsstellen zur Sicherung von Beteiligungsrechten: Erstens sei der Bedarf für Hilfen zur Erziehung individuell zu ermitteln. Die daher fehlende konkrete Regelung im Gesetz führe zu einem großen Spielraum der Entscheidungsträger, sodass Entscheidungen häufig fiskalische Überlegungen zu Grunde lägen. Zweitens bestehe ein Machtungleichgewicht zwischen den Betroffen-



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

nen und den Fachkräften des Jugendamtes. Die Betroffenen hätten keine Kenntnis vom bestehenden Rechtssystem und seien in dieser sozial und emotional sehr belastenden Situation an einer einvernehmlichen Lösung interessiert und auf Hilfe angewiesen, um eine Lösung auf Augenhöhe herbeizuführen. Aufgrund des fortwährenden Bedarfs an unabhängiger Beratung und Unterstützung bei der Durchsetzung von Betroffenenrechten im Jugendhilfebereich plädiere sie dafür, ombudtschaftliche Ansätze als Regelangebot im Leistungsspektrum des SGB VIII aufzunehmen. Denkbar sei etwa die Gründung einer Beratungs- und Schlichtungsstelle. Dieses Gremium könnte an den Kinder- und Jugendhilfeausschuss angebunden sein, der in der Struktur des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ein besonderes Gremium sei und sich aus Mitgliedern der öffentlichen und der freien Jugendhilfe zusammensetze. Die Unabhängigkeit der Ombudsstelle beim Jugendhilfeausschuss müsse durch Dokumentationspflichten und Regelung der Befugnisse sichergestellt werden. Ziel sei auch, im Vermittlungsfall zu klären, welche Hilfeprozesse oder Hilfeleistungen im Jugendhilfebereich notwendig seien.

Wichtig seien niedrigschwellige Angebote für die Betroffenen. So habe man die Erreichbarkeit über ein Kontakttelefon sichergestellt und Internetseiten für Jugendliche und ihren Bedarf eingerichtet. Man habe außerdem versucht, über verschiedene Einrichtungen mit Jugendlichen in Kontakt zu kommen. Häufig stünden die Betroffenen in einem Ohnmachtsverhältnis zu den Hilfsorganisationen und Institutionen. Für diese Betroffenen bestehe Bedarf, die Ombudsstellen bei den Jugendhilfeausschüssen zu verankern. Sie begrüße es, dass die Ansiedlung von Beteiligungsformen und ombudtschaftlichen Beratungsstellen bei den Jugendhilfeausschüssen in den Fokus gerückt sei.

Herr **Dominik Bär** (Deutsches Kinderhilfswerk e. V.) forderte, dass die Kinderrechte mehr als bisher als Bürgerrechte ernst zu nehmen seien. Dank der Kinderrechtskonvention seien Kinder inzwischen Rechtssubjekte. Jedoch hätten sie nicht die volle Autonomie, in weiten Bereichen ihre Rechte auszuüben, sodass der Staat hier besonders verpflichtet sei, die Kinder zu schützen.

Damit Kinder ihre Rechte gegenüber dem Staat wahrnehmen könnten, müssten zwei Grundprinzipien im Zentrum stehen: Erstens die vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls, die in Verbindung mit dem Kinderwillen zu sehen sei. Zweitens das Recht auf Information. Es sei die Pflicht des Staates, die Meinung der Kinder zu berücksichtigen. Um sich eine Meinung bilden zu können, sei der kindgerechte Zugang zu allen notwendigen Informationen erforderlich.

Das Kinderhilfswerk schlage die Einführung von standardisierten Kriterien für Kinderfreundlichkeitsprüfungen vor, um die Beteiligung von Kindern in Verwaltungsverfahren kindgerecht zu regeln. Ferner müssten alle Kinder und Jugendliche angesprochen werden, damit auch der Gedanke der Inklusion umgesetzt werde.

Die Themen für Beteiligung sollten auch für die Lebenswirklichkeit der Kinder bedeutsam sein. Um eine kindgerechte Beteiligung zu ermöglichen, bedürfe es auch unterstützender Bildungsmaßnahmen für Erwachsene, damit diese die notwendigen Fähigkeiten lernten, um Partizipation zu ermöglichen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Wichtig sei eine Rechenschaftspflicht über die Beteiligungsprozesse, sodass Kinder anschließend darüber informiert würden, wie ihre Meinung verstanden und benutzt worden sei. Wünschenswert wäre beispielsweise, Kinder- und Jugendbeauftragte als Ombudsstelle flächendeckend einzuführen. In einigen Kommunen gebe es solche Stellen bereits. Dort sei die Zufriedenheit mit dem Beteiligungsverfahren deutlich größer. Bestehende Kinderrechte müssten kindgerechter ausgestaltet werden. So sollten z. B. öffentliche Petitionen beim Deutschen Bundestag oder bei Landtagen kindgerechter gestaltet sein oder ins Baurecht kinder- und jugendgerechte Beteiligungsverfahren aufgenommen werden.

Aus der kommunalen Praxis ergebe sich die Problematik, dass trotz Einrichtung von Kinder- und Jugendbeteiligungsstellen die rechtliche Umsetzung nicht wirklich gegeben sei. Das mache die Schaffung von bundeseinheitlichen Regeln notwendig. Im Schulwesen seien hingegen die Länderparlamente gefordert. Insbesondere sei es unverständlich, dass die Elternrechte im Schulwesen mehr Berücksichtigung fänden, als die Belange der SchülerInnen.

Die Beteiligungsstrukturen sollten aus seiner Sicht nicht im Jugendamt angedockt werden, da Beteiligung bereichsübergreifend sei.

Er begrüße auch die Einsetzung eines Bundeskinderrechtsbeauftragten. Über diese Stelle müssten im Folgenden bundesweite Netzwerkstrukturen geschaffen werden. Ebenfalls befürworte er den Vorschlag, unter 18-Jährigen eine mitberatende Stimme im Jugendhilfeausschuss zu geben.

2.4. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Woran erkennt man eine kindgerechte Kommune?“ am 24. Oktober 2012

Zu dem öffentlichen Expertengespräch zum Thema „Woran erkennt man eine kindgerechte Kommune?“ am 24. Oktober 2012 erschien unter http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/41044446_kw43_pa_kiko/index.html

der folgende Artikel:

Klamme Kassen und Kinderrechte in Kommunen Kinderkommission (Anhörung) - 25.10.2012

Berlin: (hib/ldi) Mitmachen mit der Macht: Kinder und Jugendliche sollten an kommunalen Entscheidungsprozessen stärker beteiligt werden. Dies zeichne eine kinderfreundliche Kommune in erster Linie aus. Darin waren sich die vier Sachverständigen, die zu einer öffentlichen Anhörung der Kinderkommission (Kiko) am Mittwoch, 24. Oktober 2012, zum Thema „Woran erkennt man eine kindgerechte Kommune?“ geladen waren, einig. Ohnehin herrschte in der Sitzung der Kiko zwischen Sachverständigen und Abgeordneten unerwartete Harmonie.

Denn selbst beim sonst so strittigen Punkt der Finanzierung war der einhellige Standpunkt: Klamme kommunale Kassen dürften keine Ausrede sein. „Es ist nicht so sehr das Geld entscheidend“, machte Nicole Bracht-Bendt (FDP) klar. Vielmehr müsse der Gedanke der Teilhabe von Kindern in den



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Köpfen ankommen. „Denn Beteiligung steht und fällt mit den Menschen vor Ort.“ Dennoch müsse darüber nachgedacht werden, wie Finanzierungskonzepte sichergestellt werden können, so Beate Walter-Rosenheimer (Bündnis 90/Die Grünen). Eckhard Pols (CDU/CSU) plädierte für "phantasievolle Kämmerer" in den Rathäusern.

Dr. Heide-Rose Brückner vom Verein kinderfreundliche Kommunen stellte in der Sitzung der Kinderkommission ein Projekt für Teilhabe von Heranwachsenden am städtischen Leben vor. Bisher beteiligen sich an diesem sechs deutsche Kommunen. Die Kosten für die Städte liegen zwischen 4.000 und 16.000 Euro. „Beteiligung von Kindern ist keine Goodwill-Veranstaltung. Das ist ein langfristiger Prozess – auch als Antwort auf den demokratischen Wandel“, sagte Brückner deutlich. Experte Jens Hubald von der IPS Steinbrecher und Partner Ingenieurgesellschaft ergänzte: „Wenn ich Kinder und Jugendliche beteilige, baue ich auch Demokratie von unten auf.“ Somit sei Teilhabe eine gesamtgesellschaftliche Frage, die jedoch – in den Augen von Anne Lütkes hierzulande nicht positiv beantwortet werde. „Artikel drei der UN-Kinderrechtskonvention zum Wohl des Kindes wird in Deutschland nicht gelebt“, sagte die Sachverständige von Unicef und dem Deutschen Kinderhilfswerk. Wichtigste Botschaft müsse sein, dass die handelnden Verwaltungen vor Ort Kinderrechte mit einbeziehen. Denn: „Eine kinderfreundliche Kommune verpflichtet sich zur Beteiligung von Kindern.“ Dabei gehe es nicht um Teilnahmemöglichkeiten in Form von Jugendparlamenten, sondern um „harte Beteiligung“ in Entscheidungsprozessen, wie Lütkes es nennt.

Larissa Meinunger vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge merkte an, dass Kinderfreundlichkeit bereits bei der Stadtgestaltung beginne. Hier müsse das Bild der „kurzen Beine, kurzen Wege“ gelten, so die Expertin. Jens Hubald stimmte zu und führte als Beispiel die Spielplätze an. „Oft sind diese liebevoll gestaltet, aber dort, wo sie am wenigsten stören“, so der Sachverständige. Dies sei symptomatisch für die Berücksichtigung der Belange des Kindes in politischen und gesellschaftlichen Prozessen.

Vorsitzende Diana Golze (Die Linke) sieht bei der Diskussion um Beteiligungsmöglichkeiten auch den Bund in der Verantwortung. Dennoch dürfe man es den Kommunen nicht zu einfach machen. Denn wenn die Stimmen der Kinder gehört werden, habe dies positive Effekte in jeglicher Beziehung.

Das Wortprotokoll kann unter http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/kiko/Oeffentliche_Veranstaltungen/Oeff_Expertengespr_kindgerechte_Kommune/Wortprotokoll.pd aufgerufen werden.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

2.5. Fachgespräch zum Thema „Schaffung von unabhängigen Beratungsstellen/Ombudsstellen“ am 7. November 2012

Frau **Jana Frädrich** (BAG Kommunale Kinderinteressenvertretung) erklärte, dass die Münchener Kinderpolitik durch die gute Kooperation unterschiedlicher Professionen gekennzeichnet sei.

Kinderrechte seien für sie unweigerlich mit der Partizipation verknüpft. Damit diese funktioniere, sei ein funktionierendes Beschwerdesystem erforderlich. Bei Machtsymmetrien brauche es Ombudschaften. Über das Bundeskinderschutzgesetz sei dieser Dreiklang sehr gut verankert und für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe auch als Pflichtaufgabe definiert.

Insgesamt seien in den letzten Jahren die Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche insgesamt weiterentwickelt und professionalisiert worden. Fortschritte seien z. B. in den Bereichen Stadtteilplanung, Stadtplanung und -entwicklung, Spielraumplanung und bei Kitas zu verzeichnen, ferner auch bei der Jugendhilfeplanung und in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Es gebe auch einzelne Bestrebungen, Beteiligung in der Schule und in der Schulentwicklung verstärkt zuzulassen. Trotz dieser Entwicklungen bestehe weiterhin ein erheblicher Bedarf, diese voranzutreiben.

Lösungen böten hier die Einrichtung einer bundesweiten unabhängigen Monitoringstelle zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention, die flächendeckende Einrichtung von Beschwerde- und Ombudsstellen, Kinderinteressenvertretungen, Verbesserungen bei der Aus- und Weiterbildung Erwachsener, Jugendlicher und Kinder, die Formulierung kindgerechter Qualitätsstandards sowie die Sicherstellung der Erreichbarkeit und das Bekanntwerden dieser Stellen. In Anlehnung an den Bundeswehrbeauftragten sei die Einstellung eines Bundeskinderbeauftragten wünschenswert. Da die Beteiligung nach wie vor freiwillig sei, werde sie in den einzelnen Kommunen sehr unterschiedlich umgesetzt. Hier sei eine gesetzliche Verankerung notwendig. Diese solle sich durch alle Bereiche ziehen, z. B. durch das Grundgesetz, das SGB VIII, das Baurecht und durch das Schulrecht und solle Bundes-, Landes- und Kommunalebene betreffen.

Die kommunale Ebene sei besonders wichtig: Die Kinder- und Jugendinteressen vor Ort hätten einen großen Erfahrungsschatz und stünden mit den Kindern und Jugendlichen in direktem Kontakt. Wünschenswert sei die Arbeit von hauptamtlichen Kräften; nur im Notfall solle man auf ehrenamtliche Kräfte zurückgreifen. Wichtig sei jedoch das Mehraugenprinzip, da jeder Kompetenzen aus anderen Bereichen mitbringe und man sich im Team stärker fühle. Für die MitarbeiterInnen seien Anerkennung und die bessere Einbindung in den Entscheidungs- und Diskussionsprozess notwendig.

Zweifel habe sie, die Ombudsstellen im Jugendhilferecht anzusiedeln, da dieses nicht kinder- und jugendgerecht sei. Es sei vielmehr wichtig, die Vertrauensperson im Nahbereich des Kindes anzusiedeln.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Die Vertreterin des **BMFSFJ** stellte fest, dass es im BMFSFJ aktuell keine Überlegungen gebe, kindgerechte Qualitätsstandards zu entwickeln. Allerdings werde auf der Grundlage der eigenständigen Jugendpolitik die Frage der Partizipation weiterentwickelt. Für diese würden neue Standards entwickelt und veröffentlicht.

2.6. Fachgespräch zum Thema „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kinder- und Jugend(sozial)arbeit“ am 28. November 2012

Frau **Lisi Maier** (Deutscher Bundesjugendring - DBJR) stellte zu Beginn der Sitzung fest, dass Beteiligung und Partizipation aus Sicht des DBJR zu den Grundprinzipien der Jugend- und Jugendverbandsarbeit gehörten. Beteiligung werde in der demokratisch verfassten Gremienarbeit auf verschiedenen Ebenen gelebt: Vor Ort auf kommunaler Ebene, in den Landesverbänden bis hin zur internationalen Ebene, in Gruppenstunden, in Freizeiten und überall dort, wo Jugendliche selbstorganisiert miteinander ihre Freizeit gestalteten, gesellschaftspolitische Fragen diskutierten, sich Nöten annähmen und versuchten, ihre Lebenswelt mitzugestalten.

Nach der Definition des DBJR bedeute Partizipation Gestaltungsmacht, da Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geboten werde, ihr Recht wahrzunehmen und die Gesellschaft, in der sie lebten, aktiv mitzugestalten.

Entscheidend sei, dass die Partizipation nicht auf eine Scheinbeteiligung hinauslaufe. Das setze voraus, dass Beschlüsse auch umgesetzt würden und erkennbar Außenwirkung entfalteten. Sei das nicht der Fall, entstehe ein Vertrauensverlust. Es müsse eine wechselseitige Angelegenheit und eine Begegnung auf Augenhöhe sein, um dieses Vertrauen aufzubauen. Kinder seien Experten in eigener Sache und müssten als gleichberechtigte Partner in den Themen agieren können, die sie beträfen.

Der DBJR fungiere als Werkstätte der Demokratie. Durch Partizipation von Kindern und Jugendlichen in und durch Jugendverbände werde das Lernen von Fähigkeiten und Haltungen, die im politischen Leben ebenfalls nötig seien, ermöglicht. Sie lernten zusammen mit Gleichgesinnten Kompromisse zu finden, der Macht kritisch gegenüberzustehen sowie diese verantwortungsvoll zu nutzen und damit „Demokratie zu lernen“.

Wichtig sei, dass Kinder und Jugendliche aus allen gesellschaftlichen Schichten eingebunden würden. Für die Jugendverbände sei es häufig schwierig, Jugendliche aus prekären Lebensverhältnissen zu erreichen. Gerade bei jungen Menschen unter 18 Jahren gebe es schichtbedingt sehr große Unterschiede, sich als Mitglied der politischen Gesellschaft zu sehen. Grund dafür sei die Aufbereitung von Politik, die häufig auf Jugendliche der Mittelschicht zugeschnitten sei. Sie fordere daher, dass politische Inhalte mit einer gewissen Transparenz und einer gewissen Breite und Niveaueielfalt aufbereitet würden, sodass Menschen aus verschiedenen Bildungsschichten und aus verschiedenen Lebenswelten etwas damit anfangen könnten, denn sie seien alle betroffen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Herr **Christopher Roch** (ABA Fachverband Offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen e. V.) erklärte zunächst, dass der ABA Fachverband seit Anfang der siebziger Jahre im Zuge der Abenteuerplatz-Bewegung entstanden sei und sich mittlerweile als Dach- und Fachverband für die komplette Spannweite der Offenen Kinder- und Jugendarbeit weiterentwickelt habe.

Partizipation gehöre zu den Leitziele des ABA Fachverbandes. Kinder seien Experten ihrer selbst und demnach eigenständige und handlungsfähige Akteure, gleichzeitig seien sie aber auch Personen in der Entwicklung. Somit habe ihre Beteiligung am gesellschaftlichen Leben auch immer einen Doppelcharakter. Beteiligung sei eine große Stärke, sofern die Arbeit professionell betrieben und auskömmlich finanziert werde. Beteiligung sei je nach Schauplätzen, Methoden und örtlicher Gegebenheit sehr unterschiedlich ausgeprägt. Beteiligungsprozesse seien kleinräumig und situativ.

Es gebe acht Merkmale gelingender Beteiligung: 1. Offenheit, 2. Souveränität, 3. Inklusion, 4. Aufklärung, 5. Verfügungsgewalt über Ressourcen, 6. Überschaubarkeit, 7. Individualität und 8. Prozessorientierung.

Nur wenn ein Großteil der Bedingungen erfüllt sei, könne man von gelingender, „echter“ Beteiligung sprechen. Häufig gebe es Verfahren, die sich als Beteiligung bezeichnen und die sich jedoch als „Mogelpackungen“ entpuppten. Die Kommunen seien personell und finanziell nicht in der Lage, die Beteiligung umzusetzen. Zudem gebe es bürokratische Hürden.

Lösung biete die Begegnung auf Augenhöhe. Ferner müsse auch auf die individuellen Bedürfnisse der Jugendlichen eingegangen werden, die mitunter sehr verschieden seien. Auch müsse die Demokratisierung der Schule betrieben werden. Inzwischen sei die Schule zu einem partizipationsfreien Raum geworden, die SchülerInnen hätten kaum Chancen, gestaltend mitzuwirken. Er sehe in der Demokratisierung der Schule und in der Abschaffung von Schulnoten wichtige Schritte, um die Beteiligung voranzutreiben. Abschließend forderte er im Namen des ABA Fachverbandes die Verankerung der Kinderrechte ins Grundgesetz.

Herr **Prof. Dr. Walther Specht** (Universität Tübingen, Institut für Erziehungswissenschaften) ging auf seine Arbeit bei der International Society for Mobile Youth Work (ISMO) ein, die insbesondere in den neuen Ländern alternative Angebote zu den Gewalttaten der Jugendliche aus Fremdenfeindlichkeit aufgebaut habe. Viele Kinder und Jugendliche, die sich extremen und gewaltbereiten Gruppen anschließen, suchten Anerkennung, Respekt, Erlebnis, Spannung, Abenteuer, Stärke, Dazugehörigkeit, Zärtlichkeit und Liebe. Diese Werte müsse die Jugendarbeit vermitteln, um den Kindern und Jugendlichen eine Alternative zu bieten.

Dazu müsse eine Jugendarbeit gefördert werden, die verbandlich, offen und mobil ausgestaltet sei. Diese sei geeignet die Zehn- bis Zwölfjährigen durch alternative Freizeit- und Abenteuerpädagogik von der Straße zu holen. Den älteren Jugendlichen müsse man u. U. für Gerichtsverfahren einen Rechtsbeistand organisieren. Den Erfolg der Mobilien Jugendarbeit habe er in einem Stadtviertel einer Kleinstadt erfahren: Nach an-



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

derhalb Jahren sei das Thema „Rechts“ in diesem Viertel kein Thema mehr gewesen. Nach drei Jahren sei „Rechts“ in dieser Stadt überhaupt kein Thema mehr gewesen.

Das Konzept der Mobilen Jugendarbeit existiere seit 45 Jahren und habe 1967 in Stuttgart angefangen. Es sei das wissenschaftlich fundierte und beste Jugendsozialarbeitskonzept für die Bereiche Gewalt und Gewaltprävention, Extremismus, Drogenprävention sowie der Jugendkriminalität.

Problematisch sei allerdings, dass es keine bundeseinheitlichen Konzepte der Mobilen Jugendarbeit gebe, da der Jugendbereich kaum gefördert werde. Der Fokus liege vielmehr auf Prävention in Kindergarten und Schule, also in der Kindheit.

Dies seien die Elemente der Mobilen Jugendarbeit: Jedes Konzept in jeder Stadt müsse sich immer auf eine Sozialraum-, eine Feld- und eine Stadtteilanalyse gründen lassen, da es überall anders aussehe. Die Grundelemente Freiwilligkeit, Mobilisierung und Interessenwahrnehmung seien jedoch überall gleich. Außerdem beruhe sie auf Freiwilligkeit, da auf der Basis von Zwang kein Vertrauen aufzubauen sei. Mobil bedeute in diesem Zusammenhang geografisch mobil. Wenn es brenzlich werde, müsse die Mobile Jugendarbeit im Sinne einer „Sozialfeuerwehr“ helfen. Hierbei bleibe bedauerlicherweise die nachhaltige Arbeit auf der Strecke. Man gehe nicht auf die individuelle Situation der Kinder ein, um die Hilfe darauf aufzubauen.

Daneben sei auch die Gruppenarbeit wichtig, da Gruppen geeignet seien, korrigierend einzugreifen sowie Stabilität und Sicherheit zu vermitteln. Dort erführen die Kinder und Jugendlichen Anerkennung und Geborgenheit. Der Mensch lebe als soziales Wesen in Gruppen, sodass Individualisierung alleine nicht ausreiche.

Ein weiteres Element der Mobilen Jugendarbeit sei die Gemeinwesenarbeit, die zur Herstellung einer Öffentlichkeit auch kommunalpolitisch interessant sei. Wichtig sei, dass innerhalb der Öffentlichkeit auch positive Erlebnisse erfahrbar seien, um der Mobilen Jugendarbeit Anerkennung zu verschaffen.

Idealtypisches Ziel sei, dass die Mobile Jugendarbeit eine Kommune in die Lage versetze, ihre Jugendprobleme durch Mobilisierung von sozialem Kapital wieder selbst zu lösen. Allerdings werde es vielfach weder praktiziert noch gelehrt oder vertreten.

Der Laienarbeiter sei im Konzept der Mobilen Jugendarbeit das Element der weitestgehenden Partizipation. Dabei handele es sich um ein Mitglied aus der Gruppe, welches durch Aktivität, Intelligenz und Führungsstärke aus der Gruppe herausgewachsen sei. Solche Mitglieder müsse man begeistern und als ehrenamtliche Jugendarbeiter ausbilden, da sie die Situation vor Ort gut einschätzen könnten und Vertrauen bei den Jugendlichen genießen. So könne man die Jugendsozialarbeit multiplizieren.

Eine zentrale Rolle innerhalb der Jugendarbeit spiele auch der Sport, da dieser geeignet sei, durch Regeln die Gewalt in Form zu bringen. Bei erfolgreichen Leistungen würden die Jugendlichen auch Anerkennung innerhalb der Gesellschaft erfahren. Leider würden viele Sportvereine ihre Aufgabe nicht erkennen und Fehlverhalten mit Hausverboten sanktionieren. Dasselbe gelte für Jugendhäuser.

Er bedauere, dass in § 13 SGB VIII nicht der Begriff der Mobilen Jugendarbeit aufgenommen worden sei. Ohne diesen Begriff falle es den Kommunen sehr schwer, ihre Konzepte von Mobiler Jugendarbeit durchzusetzen. Ferner sollte die Mobile Jugendar-



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

beit konzeptionell im Bereich der Fortbildung gelehrt werden. An vielen Universitäten und Fachhochschulen werde sie bisher nicht gelehrt.

Die Vertreterin des **BMFSFJ** führte aus, dass die Jugendsozialarbeit eher geeignet sei, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu stärken als die Jugendarbeit. Die Jugendarbeit nehme eher Beteiligung am gesellschaftlichen Leben in den Blick, während sich die Jugendsozialarbeit mit den Jugendlichen selbst befasse. Jugendsozialarbeit begreife man im Bund als den Bereich der Jugendhilfe, in dem der Bund nur eine Anregungsfunktion habe. Zielgruppe seien die Jugendlichen, die tatsächlich starke Unterstützung bei ihrer sozialen, schulischen und beruflichen Integration bräuchten, damit sie nicht aus der Normalbiografie herausfielen. Inzwischen sei jeder vierte Jugendliche in Deutschland arbeitslos. Die Tendenz sei steigend. Hier habe man 2009 unter der Initiative „Jugend stärken“ begonnen, eine lückenlose Förderung der verlorengegangenen Jugendlichen aufzubauen. Hilfen müssten möglichst niedrigschwellig sein, um Hemmschwellen der Jugendlichen zu überwinden. Man müsse auf die individuellen Bedürfnisse der Jugendlichen eingehen und ihre Kompetenzen fördern. Voraussetzung sei jedoch die Freiwilligkeit der Jugendlichen.

2.7. Fachgespräch zum Thema „Beteiligung auf der Bundes- und internationalen Ebene“ am 12. Dezember 2012

Frau **Hannah Gnech** (Landesschülervertretung Nordrhein-Westfalen) berichtete einleitend, dass auf der Klausurtagung des Vorstandes der Landesschülervertretung Nordrhein-Westfalen die Voraussetzungen für eine Beteiligung und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen auf Bundes-, und internationaler Ebene überlegt worden seien. Der erste Aspekt sei die Beteiligung der SchülerInnen an der eigenen Schule. Das sei die beste Vorbereitung für eine Beteiligung auf Bundes-, Landes- und internationaler Ebene. Allerdings führe in Deutschland z. B. die Kritik eines Schülers am Unterricht häufig zu negativen Konsequenzen wie schlechten Noten oder einem schlechteren Standing bei Lehrkräften. Hinzu komme der Zeitmangel. Nach einem langen Schultag fehle das Interesse, anschließend in der Schülervertretung mitzuwirken. Auch würden die Lehrkräfte die Schülervertretungen zu wenig unterstützen. Bestehende Mitbestimmungsrechte müssten auch effektiv umgesetzt werden.

Der zweite Aspekt sei die Verbesserung der Rahmenbedingungen. Stadt-, Kreis-, Bezirks- und Landesschülervertretungen seien chronisch unterfinanziert. Es gehe um die Frage, wie viel der Politik das Erleben von Demokratie wert sei. Das sei am einfachsten in der Schülervertretung möglich.

Der letzte Aspekt betreffe die Mitbestimmung. Beteiligung sei zwar gut, wichtiger sei es aber, dass Kindern und Jugendlichen auch ein Stimmrecht zukomme. Andernfalls fühlten sich die Kinder und Jugendlichen nicht ernst genommen.

Eine gute Lösung für die Stärkung von Beteiligungsrechten sei die Wiedereinführung der Drittelparität an nordrhein-westfälischen Schulen. LehrerInnen, Eltern und Schü-



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

lerInnen seien gleichermaßen stimmberechtigt. Insgesamt fordere sie einen Anteil von 50 Prozent in den Schulkonferenzen bundesweit und Stimmrecht in den Schulausschüssen.

Auf Landesebene beteilige man sich in den Ausschüssen für Schule und Weiterbildung. Wichtig sei, dass Kinder und Jugendliche nicht nur über Schule reden könnten, sondern zu jedem Thema eine Meinung hätten. Sie fordere das allgemeinpolitische Mandat.

Eine gute Idee sei auch der Aufbau einer Bundesschülervertretung. Dafür fehlten allerdings zum einen die finanziellen Mittel und zum anderen sei das Schulwesen Ländersache. Die existierenden Länderschülervertretungen müssten sich auch besser vernetzen. Sie wünsche sich bessere Rahmenbedingungen. Unter anderem müsse die Wahl von Bundesdelegierten durch die Landeschülervertretungen erfolgen. Auf Bundesebene müssten die Delegierten mitbestimmen können. Andernfalls sei es lediglich eine Alibiveranstaltung.

Frau **Sabrina Reindl** (UN-Jugenddelegierte) erläuterte, dass das Jugenddelegiertenprogramm der UN seit 2005 existiere und auf einer UN-Resolution von 1981 beruhe. Sie sei im Januar 2012 zur Jugenddelegierten ernannt worden und habe sich danach anderthalb Monate vorbereitet. Anschließend habe sie drei Wochen im BMFSFJ hospitiert. Ab März sei es dann auf Deutschlandtour gegangen. Dort seien mit den Kindern und Jugendlichen vor Ort verschiedene Themen besprochen worden, z. B. Diskriminierung, Migration oder Klimawandel. Die Ziele der Tour seien gewesen, den Jugendlichen die UN nahe zu bringen, die Ermutigung zu Beteiligung und Mitbestimmung, sowie die Forderungen der Jugendlichen zu sammeln und auf der UN-Generalversammlung in New York vorzustellen.

Jugendliche beklagten häufig, dass sie in Stadtparlamenten nicht ernst genommen würden. So werde die Beteiligung zur Scheinpartizipation. Bemängelt werde auch der Bildungsbereich: Erstens herrsche im Bereich Bildung eine große Ungleichheit. Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund seien benachteiligt. Zweitens sei die politische Bildung defizitär. Jugendliche beteiligten sich in diesem Bereich auch häufig deshalb selten, weil zwischen Jugendlichen und Politik eine große Distanz herrsche. Lösungen biete hier eine transparente Politik, die der Öffentlichkeit zugänglich sei. Es müssten auch Plattformen eingerichtet werden, auf denen Jugendliche die Möglichkeit hätten, kontroverse Themen zu diskutieren.

Kritisieren wolle sie das UN-Delegiertenprogramm im Hinblick darauf, dass es sich um ein Eliteprogramm handele, da die Delegierten nicht durch die UN finanziert würden. Die Mitglieder seien auf Stipendien oder die Unterstützung der Eltern angewiesen. Sie setzten sich aktuell für die Zahlung von Aufwandsentschädigungen ein, um Chancengleichheit zu fördern.

Herr **Patrick Rohde** (UN-Jugenddelegierter) ging - anknüpfend an die Ausführungen von Sabrina Reindel - vertiefend auf die Forderungen der Jugendlichen ein. Diese wünschten sich mehr Partizipation sowie ökologische und soziale Nachhaltigkeit. Par-



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

tizipation könne durch die Öffnung der Kanäle erreicht werden. Soziale Nachhaltigkeit beinhalte Rassismus, Diskriminierung, Migration, Integration und Gleichstellungspolitik.

In New York habe man Reden zu diesen Schwerpunkten gehalten. Man habe mit den anderen Jugenddelegierten kooperiert und das Vorgehen abgesprochen, um eine möglichst weite Resolution aufzubauen. Weitergearbeitet habe man an den Themen „Sexuelle und reproduktive Gesundheit“ sowie „Rechte“. Darunter fielen Schwangerschaft, Sexualität und Beschneidungen. Letztere seien in einigen Kulturkreisen kontrovers diskutiert worden. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon habe das Thema „Jugend“ zu einem Hauptthema erklärt und einen Vorschlag zur Einrichtung eines Special Advisers on Youth gemacht. Allerdings sei seitdem nicht viel passiert. Man habe eine Forderung unterzeichnet, dass der Special Adviser nicht älter als 35 Jahre sein sollte.

Unterstützt würden die UN-Delegierten auch von den UN-Organisationen. Die Ansprechpartner aus den Ministerien hätten den Delegierten mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Insbesondere beim Thema „Inklusion“ hätten die Delegierten versucht, Jugendliche vor Ort zu erreichen, die sie sonst nicht erreicht hätten. Schwierig sei gewesen, dass die BetreuerInnen gesagt hätten, das interessiere ihre Klientel nicht. Diese Erfahrungen könnten die Delegierten widerlegen. Die Veranstaltungen seien vielmehr gut gelaufen.

Das Jugenddelegiertenprogramm sei mit einem Jahr sehr kurz. Es gebe auch Senior- und Juniormodelle mit einer einjährigen Begleitung. Das sei reizvoll, da man auf diese Weise noch eine Zeitlang dabei sei.

Probleme sehe er bei der Beteiligung auch deshalb, weil die Zeiträume in der Schule oder im Studium recht kurz seien, die Beteiligungsprozesse jedoch langwierig. Bis ein Projekt umgesetzt werden könne, sei man oft nicht mehr in der Schule.

Für die Einrichtung eines Bundesbeteiligten habe er keine Patentlösung. Fraglich sei auch, wer die Jugendlichen vertreten und wie die Zusammenarbeit erfolgen solle.

Herr **Prof. Dr. Lothar Krappmann** (bis 2011 Mitglied des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes) berichtete, dass die Beteiligung von Kindern im UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes in den acht Jahren seiner Mitgliedschaft ein großes Thema gewesen sei.

Der Ausschuss habe einen Kommentar zu dem entsprechenden Artikel der UN-Kinderrechtskonvention erarbeitet. Erster wichtiger Punkt sei, dass den Äußerungen des Kindes auch Gewicht zu geben sei und in die Entscheidungsprozesse einfließen. Zweitens werde das Recht als momentaner Vorgang verstanden. Das sei nicht richtig, da das Recht auf Gehör auch die Vorbereitung und die Nachbereitung des Gesagten beinhalte. Kinder und Jugendliche müssten die Möglichkeit haben, das Ergebnis zu erfahren und gegebenenfalls ein weiteres Mal tätig zu werden.

Er habe zwei Vorbilder für die Beteiligung von Kindern: Zum einen Lawrence Kohlberg, der sich für die Stärkung der moralischen Urteilsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen eingesetzt habe. Er erweitere diese um das menschenrechtliche Engagement. Sein Modell sei die Schule als gerechte Gemeinschaft, die sich um eine gerechte



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Lösung für alle Schüler kümmern, an der sich alle beteiligen. Dieses Herangehen habe einen großen Effekt auf die moralische Urteilsfähigkeit.

Zum anderen bewundere er Janusz Korczak, der in Waisenhäusern dafür gesorgt habe, dass die Kinder selbst die eigentlichen „Hausherren“ seien. In Diskussionen und Verhandlungen habe man so Lösungen gefunden, bei denen die Perspektive der Kinder im Mittelpunkt stünden.

Im UN-Ausschuss legten neben Staaten auch Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Kinder Berichte vor. Zusammen mit den Regierungsvertretern der Staaten berate der Ausschuss und verabschiede abschließend Empfehlungen. Der Ausschuss wünsche sich mehr solcher Berichte, könne aber die Länder und Organisationen der Kinder hierzu nicht auffordern. Der Ausschuss stehe zwar mit NGOs in Kontakt, diese hätten allerdings häufig nicht die Ressourcen, diese Berichte zusammen mit den Kindern zu erarbeiten. Die NGOs brächten auch häufig bereits im Vorfeld der Sitzungen Kinder mit. Diese Kinder seien auch im Ausschuss willkommen. Allerdings gebe es auch hier finanzielle Probleme. Der Ausschuss wünsche sich, dass dies alles häufiger passiere. Allerdings müsse das Prozedere kindgerechter ausgestaltet werden: Bei Aussprachen in Genf seien die Kinder zwar beeindruckt, wenn sie sähen, dass ihre Stellungnahmen aufgegriffen würden. Jedoch liefen diese Aussprachen häufig auf ein Gespräch zwischen Regierung und Ausschuss hinaus. Alternativ versuche der Ausschuss mit den Kindern allein zu diskutieren.

Der Ausschuss habe auch über eine ständige Kindervertretung bei den Menschenrechtsausschüssen in Genf nachgedacht. Dafür sei allerdings bisher kein Konsens erzielt worden. Eventuell sei es auch notwendig, Kinderforen in den Weltregionen zu etablieren. Zusammenfassend gebe es Überlegungen, Ausschuss und Kinder zusammenzuführen.

Seines Wissens sei nur einmal ein Berichterstatter des Kinderrechtsausschusses in ein Land gereist, um mit Kindern und Jugendlichen zu sprechen. Der dortige Ombudsmann habe das Treffen mit den Kindern vor Ort organisiert. Er plädiere daher für Ombudsleute, Kinderbeauftragte und Kinderbüros in Kommunen und Ländern, um die finanziellen und strukturellen Möglichkeiten zu erschließen. Leider gebe es solche Einrichtungen nicht flächendeckend.

Der gute Wille, Beteiligung zu stärken sei vorhanden. Probleme bereite allerdings die Umsetzung. Jugendliche müssten auch für Beteiligung begeistert und die Rahmenbedingungen verbessert werden. Wichtig sei der Zugang zur Beteiligung. Es müsse Newsletter und Informationsveranstaltungen geben. Ein wichtiger Ort für die Schaffung von Öffentlichkeit seien die Kommunen.

2.8. Stellungnahme zum Thema „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“

Als Resultat aus den Expertengesprächen beschloss die Kinderkommission die folgende Stellungnahme:



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Kommissionsdrucksache

17. Wahlperiode

17/19

Berlin, 11. Februar 2013

Diana Golze, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10117 Berlin

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“

Mitbestimmung und Beteiligung als Rechte von Kindern und Jugendlichen etablieren

Der Blick auf Kinder und Jugendliche hat sich in vielerlei Hinsicht geändert. Dazu hat nicht unmaßgeblich die Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention durch die Bundesrepublik Deutschland und die Debatte um ihre bessere Umsetzung beigetragen.

So ist auch in Bezug auf die Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte von Kindern viel geschehen.

Artikel 12 (1) der UN-Kinderrechtskonvention besagt: „Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“ Daraus leitet sich – auch aus Sicht der Kinderkommission – das Recht auf Anhörung und entsprechende Beteiligung für Kinder und Jugendliche in allen sie betreffenden Belangen ab.

Ob das Unternommene ausreicht und Kinder und Jugendliche entsprechend ihres Entwicklungsstandes in die verschiedenen Prozesse, die den Alltag dieser Bevölkerungsgruppe betreffen, gestalterisch einbezogen werden, haben die Mitglieder der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) mit Sachverständigen aus Vereinen, Verbänden und der Wissenschaft, aber auch mit den Expertinnen und Experten in eigener Sache, nämlich Kindern und Jugendlichen diskutiert.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Seite 2



In unterschiedlichen Expertengesprächen und im Rahmen einer öffentlichen Anhörung wurden deren Meinungen und Vorschläge zu Fragen der Beteiligung und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen erörtert:

- Entwicklung und Absicherung der Beteiligung an alltäglichen Orten des Aufwachsens
- Etablierung der Kinderrechte als Bürgerrechte und die Absicherung der Beteiligung
- Gestaltung einer kindergerechten Kommune
- Notwendigkeit unabhängiger Ombudsstellen
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Jugend- und Jugendsozialarbeit.

Entsprechend der Vorschläge und der Diskussionsergebnisse kommt die Kinderkommission zu folgenden Feststellungen und Schlussfolgerungen:

Wer Beteiligung will, muss sie absichern. Statt eines bloßen Versprechens zu mehr Partizipation ist eine rechtsförmige Verankerung von konkreten Mitbestimmungsrechten wichtig. Neben klaren gesetzlichen Regelungen braucht es zudem eine zur Umsetzung dieser Regelungen strukturelle und organisatorische Ebene und die Sicherstellung, dass Beteiligung für alle Kinder zugänglich ist. Zudem braucht es zu einer wirklichen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auch einen Wandel in der Haltung gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe dahin, sie als eigenständige Gruppe mit entsprechend eigenständigen Ansprüchen und Bedürfnissen anzuerkennen. Kindern und Jugendlichen muss auf allen Ebenen auf gleicher Augenhöhe begegnet werden. Sie müssen mit ihren Bedürfnissen ernstgenommen und als Handlungspartner akzeptiert werden.

Aus Sicht der Kinderkommission muss die Stärkung der Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen dort ansetzen, wo sich Kinder und Jugendliche aufhalten und dort gestaltet werden, wo in ihren Alltag eingegriffen wird. Dazu zählen Kindertagesstätten, Schulen, Horte, Jugendklubs und -zentren sowie sämtliche Angebote und Maßnahmen der Jugend- und Jugendsozialarbeit. Demzufolge kommt insbesondere den Kommunen, die für die Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort verantwortlich sind, eine besondere Rolle zu. Sie müssen den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab August 2013 sicherstellen und tragen die fachliche Aufsicht über die



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Seite 3



frühkindliche Bildung in ihren eigenen Einrichtungen wie den Einrichtungen der zahlreichen Träger. Der quantitative Ausbau der Angebote der Kindertagesbetreuung muss mit dem Ausbau der Qualität einhergehen. Dazu gehört aus Sicht der Kinderkommission auch die Förderung von Beteiligungsprozessen und -strukturen.

Mit vielfältigen Methoden der Jugendarbeit, zum Beispiel der Offenen Jugendarbeit, Erlebnispädagogik und den Angeboten der Jugendverbände, die sich an alle Jugendlichen richten, sowie der Mobilien Jugendarbeit, die sich überwiegend im Rahmen der Jugendsozialarbeit an schwer erreichbare und abgehängte Jugendliche richtet, sind die Kommunen angehalten, eine Angebotsvielfalt zu unterstützen und zu gewähren, die Partizipation und Mitbestimmung sicherstellt.

In der öffentlichen Anhörung „Woran erkennt man eine kindgerechte Kommune“ wurde die Beteiligung von Kindern als ein notwendiger Schritt hin zu einer Kommune bezeichnet, die die besonderen Bedürfnisse von Kindern gewährleistet. Die Unterstützung der Alltagsorganisation durch kurze Wege, gemischte Wohnumfelder und Sicherheit müssen zentrales Ziel und Ergebnis von Stadtplanung und Verwaltungshandeln zugleich werden. Für eine kindgerechte Kommune braucht es zudem ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen sowie die Schaffung bzw. Verstetigung dauerhaft angelegter Beratungs- und Anlaufstellen für Kinder, Jugendliche und deren Familien. Zudem muss Kinder- und Jugendbeteiligung von der bestehenden Freiwilligkeit und Projekthaftigkeit von kommunalen Kinderinteressenvertretungen in eine strukturell verankerte Selbstverständlichkeit umgewandelt werden. Die Kinderkommission nimmt hierzu die Empfehlungen der Sachverständigen auf, Beteiligungsangebote wie z. B. Kinder- und Jugendparlamente bzw. -räte oder regelmäßig durchgeführte Jugendforen und Beteiligungsprojekte verbindlich in den Gemeindeordnungen bzw. Kommunalverfassungen zu verankern. Es müssen Standards festgelegt werden, die die Arbeit von Interessenvertretungen adäquat zu anderen gewählten Vertretungen absichern und eine Mitarbeit in den kommunalen Parlamenten ermöglichen. Hierzu bedarf es materieller bzw. finanzieller Ressourcen für die Bewältigung der Alltagsaufgaben, z. B. Kommunikationsmöglichkeiten und -ressourcen, Kopierarbeiten, Ermöglichung der Teilhabe am parlamentarischen Alltag.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Seite 4



Gleichermaßen von Bedeutung ist aber auch die Frage, welche Rechte Kinder- und Jugendvertretungen haben. Nur so ist es möglich, über Kinder- und Jugendvertretungen Demokratie für Kinder und Jugendliche lebbar werden zu lassen. Art und Umfang von Kinder- und Jugendbeteiligung darf nicht vom Engagement oder gar Wohlwollen Einzelner abhängig sein.

Darüber hinaus braucht es bundeseinheitliche Standards, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei stadtplanerischen Vorhaben absichern. Die Neu- und Umgestaltung eines Wohnviertels ohne Bürgerbeteiligung ist heutzutage fast undenkbar. Ziel muss es sein, diese Selbstverständlichkeit auch für Kinder und Jugendliche herzustellen. Den Vorschlag, dies über eine entsprechende Änderung im Baugesetzbuch möglich zu machen, nimmt die Kinderkommission wohlwollend auf.

Wer Kinder und Jugendliche beteiligen will, muss ihnen Entscheidungsrechte innerhalb ihrer zentralen Lebensbereiche geben. Wie zum Beispiel Kinder und Jugendliche in Entscheidungen des schulischen Alltags eingebunden sind, ist regional immer noch sehr unterschiedlich geregelt. Schule kommt hierbei einer besonderen Bedeutung zu, denn dort wird Mitbestimmung in institutionalisierter Form von den meisten Kindern und Jugendlichen erstmalig erlebt. Hier wird Demokratie und Mitbestimmung lernbar, was für die Entwicklung der gesamtgesellschaftlichen Demokratie wichtig ist. Ähnlich wie bei den Kinder- und Jugendvertretungen brauchen SchülerInnenvertretungen finanzielle und materielle Ressourcen und verbrieft Mitspracherechtsnormen, aber auch die Möglichkeit, ihren Schulalltag und die ehrenamtliche Tätigkeit unter einen Hut zu bringen.

Kinder- und Jugendbeteiligung braucht Rahmenbedingungen, für deren Erfüllung es gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen bedarf. Auch die Bundesebene hat ihre Gestaltungsspielräume noch nicht ausgereizt. Neben der Schaffung eines uneingeschränkten Anspruches für Kinder auf Beratung wurde von vielen Sachverständigen ein flächendeckendes Netz von unabhängigen Ombudsstellen gefordert. Wer Kinder in ihren Rechten ernstnehmen will, muss auch ein funktionierendes, niedrighschwelliges Beschwerdemanagement möglich machen, das von einem Monitoring begleitet wird, welches die verschiedenen Ebenen



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Seite 5



(Bund, Länder, Kommunen) miteinander verzahnt und die ebenso umfassenden wie unterschiedlichen Aufgaben eines solchen Netzwerkes realisieren kann:

- Anlauf- und Beschwerdestelle zu sein,
- Information und Kommunikation möglich zu machen,
- und als Fachstelle für Partizipation zu fungieren.

Sowohl der uneingeschränkte Rechtsanspruch auf Beratung als auch die Ombudsstellen könnten im SGB VIII geregelt werden. Die Kinderkommission wird den Diskussionsprozess dazu fortsetzen und auf die Fraktionen im Bundestag zugehen. In diesem Zusammenhang berät die Kinderkommission auch darüber, ob auf der Bundesebene eine solche Ombudsstelle in Form eines Bundeskinderrechtsbeauftragten installiert werden kann.

Auch die Diskussion über die Aufnahme von Kinderrechten auf Schutz, Förderung und Beteiligung in das Grundgesetz wird von der Kinderkommission fortgesetzt. Dazu wird sie ein Expertengespräch führen und sich auf das weitere Vorgehen verständigen.

Über all dem aber steht für die Kinderkommission: Nur wer seine Rechte kennt, kann diese auch wahrnehmen. Die Bekanntmachung der Rechte von Kindern und die Prüfung des Standes ihrer Umsetzung waren und sind die zentrale Aufgabe der Kinderkommission. Kommunale Verwaltungen, Bundes- und Landespolitik, aber auch Pädagoginnen und Pädagogen, Beschäftigte der Jugendhilfe in den verschiedenen Bereichen sind gefordert, die Rechte von Kindern und Jugendlichen unter dem Vorrang des Kindeswohls zum Maßstab ihrer Arbeit und zur Grundlage ihrer Entscheidungen zu machen.

Diana Golze, MdB



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

III. Behandlung weiterer Themen

1. Religiös motivierte Beschneidung von Jungen

In der Vorsitzzeit der Abg. Diana Golze führte das Urteil des Landgerichts Köln vom 7. Mai 2012 zur religiösen Beschneidung von Jungen zu einer Gesetzesinitiative, um Rechtssicherheit für die Betroffenen zu schaffen. Die Federführung für das Gesetzgebungsverfahren im Deutschen Bundestag lag zwar beim Rechtsausschuss, die Mitglieder der Kinderkommission sahen die Beschneidungsproblematik jedoch als ein zentrales Thema ihres eigenen Aufgabengebietes und ihres Hauptausschusses an. Sie setzten sich daher sehr dafür ein, dass sich der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in einem Fachgespräch am 12. Dezember 2012 mit dieser sehr komplexen Problematik befasst und sich im Meinungs austausch mit den Experten insbesondere über die menschenrechtliche Dimension der Problematik informiert hat. Den Mitgliedern der Kinderkommission war es wichtig, dass in diesem Fachgespräch die Kinderrechte stärker in den Fokus genommen wurden, als dies in der Anhörung im Rechtsausschuss möglich war.

2. „Katzenschreck“

Die Kinderkommission hat sich abschließend mit dieser Thematik auseinandergesetzt, die die Kinderkommission seit längerer Zeit beschäftigte. Insoweit wird auf die vorangegangenen Berichte dieser Legislaturperiode verwiesen. Aufgrund der Initiative der Kinderkommission hatte sich der Länder-Arbeitsausschuss Marktüberwachung mit der Problematik befasst. Dieser war zu dem einstimmigen Beschluss gelangt, dass markt-einschränkende Maßnahmen der Marktüberwachung nach dem Produktsicherheitsgesetz nicht durchsetzbar seien, da keine wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse über eine Belastungs-Wirkungs-Beziehung von Ultraschall bei Kindern vorliege. Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend setzte die Kinderkommission darüber in Kenntnis, dass die betroffenen Ressorts – BMAS, BMELV, BMWi und BMBF – übereinstimmend der Auffassung seien, dass aus Sicht des Bundes die rechtlichen Grundlagen als ausreichend angesehen werden, um im Gesetzesvollzug in den Ländern bzw. den Kommunen den Vertrieb oder den Einsatz des Gerätes unterbinden oder mit Auflagen versehen zu können. Voraussetzung dafür wäre die Feststellung, dass durch den Betrieb dieser Geräte nachweisbare gesundheitliche Schädigungen hervorgerufen werden. Dieser Nachweis sei bisher nicht erbracht worden und für eine vertiefte Untersuchung stünden dem Bund keine Mittel zur Verfügung.

Die Mitglieder der Kinderkommission sahen im Hinblick auf diese Stellungnahmen keine Möglichkeiten mehr, ein Verbot des „Katzenschrecks“ zu erreichen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

3. Sexueller Kindesmissbrauch

In einem Gespräch mit dem Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs Johannes-Wilhelm Rörig am 7. November 2012 informierten sich die Kommissionsmitglieder über dessen Arbeit und insbesondere über die Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“. Diese Kampagne hat die Kinderkommission mit einer Pressemitteilung vom 1. Februar 2013 unterstützt.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Pressemitteilung

Kinderkommission begrüßt die Kampagne des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs „Kein Raum für Missbrauch“

Berlin, 1. Februar 2013

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Vor fast drei Jahren erschütterten Missbrauchsskandale von Kindern in Einrichtungen der Kirche und des Staates die Republik.

Als Reaktion darauf wurde die Einrichtung des Runden Tisches "Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich" sowie die Einsetzung einer Unabhängigen Beauftragten als Ansprechpartnerin für Betroffene beschlossen.

Der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs ist inzwischen zu einer Institution geworden. Er hat im Januar dieses Jahres die Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“ ins Leben gerufen.

Mit der Kampagne soll die Gesellschaft für das Thema sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche sensibilisiert werden. Ihr Ziel ist es, durch die Verbreitung der Kampagnenbotschaft ein Verantwortungsbewusstsein für diese Thematik in der Öffentlichkeit zu erzeugen.

Die Kinderkommission begrüßt diese Kampagne ausdrücklich und weist auf ihre große Bedeutung hin.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Beate Walter-Rosenheimer, hierzu: „Alle Einrichtungen, in denen sich Kinder aufhalten, müssen sich intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen und mit Einfühlungsvermögen und Weitsicht Schutzkonzepte gegen sexuelle Gewalt erarbeiten. Nur wenn wir das Thema offen und breit diskutieren, können wir die gesamte Gesellschaft sensibilisieren und Kinder besser schützen.“

Auf Einladung des Unabhängigen Beauftragten nahm die Vorsitzende am zweiten Hearing zum Thema „Kinder und Jugendliche – Beratung fördern, Rechte stärken“ am 20. November 2012 teil.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

4. Pauschalierendes Entgeltsystem Psychiatrie-Psychosomatik (PEPP)

Am 26. September 2012 informierten sich Mitglieder der Kinderkommission in einem Gespräch mit einem Vertreter und einer Vertreterin des ZfP Südwürttemberg über die Problematik des geplanten PEPP in der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Beide Gesprächspartner vertraten die Auffassung, dass die Einführung dieses Entgeltsystems in der Kinder- und Jugendpsychiatrie systemfremd sei.

In einem Gespräch am 27. November 2012 trugen die Mitglieder der Kinderkommission einem Vertreter des Bundesgesundheitsministeriums die Bedenken der Verbandsvertreter vor und nahmen Kenntnis von dessen Sicht der Problematik. Die Kommissionsmitglieder regten ein Gespräch der beteiligten Verbände mit Ministeriumsvertretern an, um gemeinsam die Bedenken zu erörtern.

IV. Veranstaltungen unter Beteiligung der Kinderkommission

1. Vorstellung der Aktion der ARD-Fernsehlotterie am 9. Mai 2012

Am 9. Mai 2012 stellte die ARD ihre Aktion „Ein Platz an der Sonne“ vor, für die die Kinderkommission auch in diesem Jahr die Schirmherrschaft übernommen hatte.

Hierzu wurde unter

http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/38934731_kw19_kiko/index.html

der folgende Artikel veröffentlicht:



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Kiko ist Schirmherrin der ARD-Kinderreisen



© Deutscher Bundestag /
Lichtblick/Achim Melde

Henry Maske, Christian Kipper, Diana Golze bei der Vorstellung der Aktion der ARD-Fernsehlotterie

Einmal Urlaub bei einem Boxweltmeister: **Rania El-Masri** und **Ahmad Zaid** sind zwei von fast 100 Kindern, die den ersten Urlaub ihres Lebens mithilfe der **Kinderreisen der Deutschen Fernsehlotterie** in einem Ferienlager des ehemaligen Boxweltmeisters **Henry Maske** erlebt haben. Schirmherrin dieser Aktion ist die **Kinderkommission (Kiko)** des Deutschen Bundestages, die Rania, Ahmad und Ex-Boxer Maske am **Mittwoch, 9. Mai 2012**, als Gäste begrüßte.

"Kindern geben, was sie nicht haben"

Die Kinderreisen beschenken rund 200 Kindern im Alter von acht bis 17 Jahren aus armen Familien in diesem Jahr aus dem gesamten Bundesgebiet eine Woche Urlaub an einem Ferienzweckort in Deutschland. "Dort haben wir Fußball gespielt, am Strand Steine gesammelt und Brot selber gebacken", erzählte Ahmad Zaid (11) von seinen Erlebnissen in der "Perspektivfabrik" in Brandenburg, die auf eine Stiftung Henry Maskes zurückgeht.

Maske engagiert sich als Botschafter der Kinderreisen, die "die Chance bieten, den Kindern etwas zu geben, was sie nicht haben". Mit Sport-, Spiel- und Lernangeboten könnten Kinder neue Seiten an sich entdecken, Vertrauen gewinnen und "einmal eine Freizeit abseits des Alltags erleben".



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

"Viele erleben nie einen richtigen Urlaub"

Die **Vorsitzende der Kiko, Diana Golze (Die Linke)**, unterstrich, wie wichtig es sei, dass Kindern auch aus "einkommensschwachen Familien unbeschwerte Tage ermöglicht werden". Doch leider würden zu viele Kinder in "einem so reichen Land wie Deutschland aufgrund des schmalen Einkommens ihrer Eltern nie einen richtigen Urlaub erleben".

Christian Kipper, Geschäftsführer der Deutschen Fernsehlotterie, dankte der Kinderkommission dafür, dass sie bereits zum fünften Mal die Schirmherrschaft übernimmt. "Insgesamt 200 Kinder werden in diesem Jahr eine Reise unternehmen, von denen viele noch nie Urlaub gemacht haben", sagte er. Zwar sei das nur ein "Tropfen auf den heißen Stein", aber die Fernsehlotterie fülle eine Lücke, "indem sie Kindern die Möglichkeit schenkt, neue Freundschaften zu schließen und besondere Tage zu genießen".

Karitatives Engagement seit über 50 Jahren

Seit dem Jahr 2006 konnten etwa 750 Kinder durch Mittel der Lotterie in die Ferien geschickt werden. Die Reiseziele reichen von Feriencamps an der Ostsee bis zum Englischcamp in Bayern. Ausgewählt werden die Kinder über Vorschläge von Schulen, Jugendämtern und Wohlfahrtsverbänden.

Seit Gründung der Deutschen Fernsehlotterie im Jahr 1956 wurde bis heute ein karitativer Zweckertrag von rund 1,4 Milliarden Euro erzielt.

2. Internationaler Kindertag am 1. Juni 2012

Zum internationalen Kindertag am 1. Juni 2012 fand im FEZ-Berlin eine Kinderpressekonferenz statt, an der die Abg. Golze als Vorsitzende der Kinderkommission teilnahm. Für die gesamte Veranstaltung vom 1. bis 3. Juni 2012 hatte die Kinderkommission die Schirmherrschaft übernommen.

3. Tag der Ein- und Ausblicke am 9. September 2012

Am alljährlich stattfindenden Tag der Ein- und Ausblicke des Deutschen Bundestages am 9. September 2012 war die Kinderkommission mit einem eigenen Stand vertreten, an dem Kommissionsmitglieder den interessierten Bürgern und vor allem den Kindern zur Beantwortung von Fragen zu ihrer Arbeit, aber auch zu allgemeinen politischen Themen zur Verfügung standen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

V. Gespräche der Kinderkommission außerhalb der Sitzungen

1. Besuch der Arche am 23. Mai 2012

Am 23. Mai 2012 besuchten Mitglieder der Kinderkommission das Christliche Kinder- und Jugendwerk „Arche“. Über diesen Besuch wurde unter http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/39111485_kw21_kiko_arche/index.html der folgende Artikel herausgegeben:

"Bei uns ist jedes Kind willkommen"



Betreuer Tim und Monique Rauchhaus, Nicole Bracht-Bendt, Wolfgang Büscher, Diana Golze, Eckhard Pols © DBT/Melde

Sichtlich beeindruckt waren drei Mitglieder der **Kinderkommission des Deutschen Bundestages** nach ihrem Besuch beim **Christlichen Kinder- und Jugendwerk "Die Arche"** im Berliner Stadtteil Hellersdorf am **Mittwoch, 23. Mai 2012**. Sie fanden es beachtlich, wie die Betreuer sich für die Kinder und Jugendlichen einsetzen und fanden es bewundernswert, was den Kindern dort an Zuwendung und Möglichkeiten geboten wird. Interessant fanden sie auch die Tatsache, dass für kleine Frechlinge die schlimmste Strafe eine "rote Karte" sei und damit der Ausschluss für einen Tag.

Es droht ein "bildungspolitisches Desaster"

Die derzeitige **Vorsitzende, Diana Golze (Die Linke)**, hatte den Besuch angeregt, denn die Kinderkommission befasst sich derzeit schwerpunktmäßig mit dem Thema **"Soziale Lage von Kindern und Jugendlichen"**. Mit von der Partie waren auch **Eckhard Pols (CDU/CSU)** und die **FDP-Abgeordnete Nicole Bracht-Bendt**. Ganz mit leeren Händen kamen die Politiker nicht zu den Kindern. Sie hatten Bücher und Spiele mitgebracht.

"Es gibt viele Familien, wo Eltern sich nicht um ihre Kinder kümmern können", erzählte **Arche-Pressesprecher Wolfgang Büscher** den Abgeordneten. Er warnte vor einem "bildungspolitischen Desaster", da viele Kinder gar nicht mehr lesen und schreiben lernten. Büscher betonte, dass er sich damit nur auf die sogenannten bildungsfernen Schichten beziehe, nicht auf Hartz-IV-Bezieher allgemein.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Praktische Hilfen für Eltern und Kinder

Seiner Aussage nach sind unter den Problemfällen viele alleinerziehende Mütter mit mehreren Kindern von verschiedenen Vätern. Da fallen schon mal in Gegenwart der Kinder, laut Büscher, herzlose Sätze, wie: "Ich kann meine Tochter nicht anschauen, die erinnert mich so an ihren Vater." Die Abgeordneten erfuhren, dass in Deutschland sehr viel mehr Geld für Sozialarbeiter und Lehrer gebraucht würde. Nicht ohne einen Hauch von Verbitterung verwies Büscher auf die Milliarden Euro, die nach Griechenland fließen.

"Bei uns ist jedes Kind willkommen", erzählte Wolfgang Büscher. In ihren Einrichtungen deutschlandweit bietet die "Arche" Jungen und Mädchen vom Kleinkind bis zum Teenager täglich kostenlos eine vollwertige, warme Mahlzeit, Hausaufgabenhilfe, Freizeitbeschäftigungen mit Sport und Musik und vor allem viel Aufmerksamkeit.

Die Arche existiert seit 17 Jahren

In Berlin unterhält der Verein sogar eine eigene Schule. Die Mitarbeiter der Arche kümmern sich auch um junge Erwachsene. "Wir lassen kein Kind ohne Ausbildungsplatz gehen", so Büscher. Die oft überforderten Eltern der Kinder bekommen hier ebenso praktische Hilfen wie beispielsweise eine neue Waschmaschine und Unterstützung beim Ausfüllen von Anträgen. Auch in der Schweiz und in Polen werden erste Einrichtungen des Vereins eröffnet.

Das Christliche Kinder- und Jugendwerk "Die Arche" e. V. wurde 1995 von Bernd Siggelkow in Berlin gegründet. Ziel des Vereins ist es, Kinder von der Straße zu holen, gegen soziale Defizite zu agieren sowie Kinder wieder ins Zentrum der Gesellschaft zu stellen. Er finanziert sich aus Spenden. (ah)



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)



© Deutscher Bundestag /
Lichtblick/Achim Melde

VI. Öffentlichkeitsarbeit

1. Pressemitteilungen

Die Kinderkommission macht mit Pressemitteilungen auf ihre Arbeit und aktuelle kinderpolitische Problemstellungen aufmerksam. In der Vorsitzzeit der Abg. Diana Golze wurden zahlreiche Pressemitteilungen veröffentlicht, die in Kapitel VIII Anlagen nachgelesen werden können.

2. Pressekonferenzen

2.1. Pressekonferenz zur Vorsitzübergabe

Am 25. April 2012 fand die Pressekonferenz zum turnusmäßigen Wechsel im Vorsitz statt. Hierzu erschien unter http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/38727053_kw17_kiko_vorsitzwechsel/index.html der folgende Artikel:



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Vorsitzwechsel: Von der Trauer zur sozialen Lage



Nicole Bracht-Bendt (rechts) überreicht aus Anlass des Vorsitzwechsels in der Kiko einen Stoffadler an ihre Nachfolgerin Diana Golze (links). © DBT/Melde

Turnusgemäßer Wechsel an der Spitze der **Kinderkommission (Kiko)**: **Diana Golze (Die Linke)** übernahm am **Mittwoch, 25. April 2012**, für die nächsten neun Monate den Vorsitz der Kiko von **Nicole Bracht-Bendt (FDP)**. "Die Zeit ist verlaufen wie eine Schwangerschaft", sagte Bracht-Bendt. "Am Beginn ist man erstaunt und glaubt, es bleibt viel Zeit, doch dann vergeht sie viel zu schnell." Nicole Bracht-Bendt folgte einer Tradition der Kommission und überreichte ihrer Nachfolgerin das Maskottchen der Kiko - ein Stoffadler.

Diana Golze präsentiert ihr Programm

Die Diplom-Sozialpädagogin Diana Golze freute sich, den Vorsitz zu übernehmen und bedankte sich bei ihrer Vorgängerin für die gute Zusammenarbeit. Golze, die bereits in der vergangenen Legislaturperiode einmal Vorsitzende der Kiko war, unterstrich, dass sich die Kiko nicht nur für Kinder, sondern für "alle Menschen unter 18 Jahren" verantwortlich fühle.

Sie stellte ihr Programm vor, dass in den kommenden Monaten den Schwerpunkt auf die Themenbereiche soziale Lage von Kindern und Jugendlichen und Beteiligung legt. Dazu werden Sachverständigenanhörungen durchgeführt und es wird ein Besuch bei der karitativen Berliner Einrichtung "Arche" geplant.

Die Besonderheit der Kinderkommission

Der Kinderkommission gehören fünf Abgeordnete an, die gleichberechtigt im Wechsel die Kinderkommission je neun Monate innerhalb einer Legislaturperiode leiten. Die Kiko versteht sich als die parlamentarische Interessenvertretung für die Belange von Kindern und Jugendlichen und ist ein Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Das Besondere an der Kinderkommission ist, dass alle Beschlüsse zwischen den Fraktionen einvernehmlich gefasst werden. (eis)



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

2.2. Pressekonferenz zum Kinderrechtekongress am 28. November 2012

Die Kinderkommission hatte Vertreterinnen und Vertreter des Kinderrechtekongresses zu einer gemeinsamen Pressekonferenz am 28. November 2012 eingeladen. Hierzu erschien unter

http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/41797065_kw48_kiko/index.html der folgende Artikel:

Kein Blatt vorm Mund: Schüler stellen Forderungen



Kiko-Vorsitzende Diana Golze (rechts) mit Teilnehmern des zweiten Kinderkongresses
© DBT/Melde

Die Wunschliste war lang: Ein ganzes Bündel an Forderungen brachten am **Mittwoch, 28. November 2012**, ein Dutzend Kinder in die öffentliche Sitzung der **Kinderkommission des Bundestages (Kiko)**. Die jungen Delegierten des **zweiten Kongresses für Kinderrechte** stellten den Abgeordneten die Ergebnisse ihrer Arbeit vor. Mitte November hatten sich rund hundert Jugendliche in Stuttgart getroffen, um darüber zu diskutieren, was junge Leute heute interessiert.

1. Bildungssystem als Kritikpunkt

Vor allem das Schulsystem ist den Jugendlichen ein Dorn im Auge. "Wir fordern ein einheitliches System", sagte Duc Huy. Iris ergänzte: "Und Schulsozialarbeiter, die über unsere Rechte informiert sind." Friedrich sprach sich für mehr Mitbestimmung in den Schulen aus. Er würde es befürworten, wenn die Lehrer an den Schulen häufiger unangemeldet kontrolliert werden.

Auch **Eckhard Pols (CDU/CSU)** stimmte zu: "In der Lehrerfortbildung muss mehr getan werden. Hier muss man mehr einfordern." **Marlene Rupprecht (SPD)** ist vom Kontrollinstrument der Hospitation an Schulen wenig überzeugt, sagte sie den Schülern. "Hier kann man viel Schau machen. Damit ändert man nichts an der Haltung den Schülern gegenüber." Viel wichtiger ist es in ihren Augen, ein Schulsystem zu schaffen, in dem Jugendliche selbst Verantwortung entwickeln und übernehmen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

2. Phantasiereise in eine bessere Schule

Die SPD-Abgeordnete und ehemalige Lehrerin lud die Schüler auf eine Phantasiereise ein, um gedanklich die perfekte Schule durchzuspielen. Für **Nicole Bracht-Bendt (FDP)** hängt bei der Kinderarbeit viel von den Menschen vor Ort ab. Sie wollte von den Schülern wissen, inwieweit Kinderrechte überhaupt bekannt sind. Auch hier ist nach Meinung der kleinen Gäste vieles nicht so, wie es sein sollte, und sie nannten dazu konkrete persönliche Beispiele.

In der einstündigen öffentlichen Sitzung erzählten die Jugendlichen ganz offen über das, was sie im Alltag bewegt. Dabei nahmen sie kein Blatt vor dem Mund. Doch auch wenn **Diana Golze (Die Linke), die Vorsitzende der Kiko**, einen solchen Besuch zur Tradition machen will, steht der Kongress der Kinderrechte auf der Kippe. Das Deutsche Kinderhilfswerk habe für den Haushalt des kommenden Jahres keine Mittel für eine dritte Auflage eingeplant, wie in der Sitzung zu erfahren war. Diana Golze versprach, dass in dieser Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen sei und will mit der Kinderkommission nach einer Lösung suchen.

3. Patentlösung für Partizipation

Denn dass Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ein wichtiges Thema ist, ist den Abgeordneten in Berlin bewusst. So standen auch im anschließenden nichtöffentlichen Teil der Sitzung Beteiligungsmöglichkeiten der Heranwachsenden im Mittelpunkt. **Christopher Roch vom Abafachverband Offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen** konnte sich wie seine Expertenkollegen kein Patentrezept vorstellen, wie Kinder und Jugendliche am besten am gesellschaftlichen Leben teilnehmen sollen. Auch er bezeichnete das System Schule als eines, mit dem man sich kritisch auseinandersetzen müsse.

Lisa Maier vom Deutschen Bundesjugendring sieht Partizipation als Gestaltungsmacht von Kindern und Jugendlichen. Ihnen müsse das Recht gegeben werden, Gesellschaft mitzugestalten. Schließlich gehe es hier auch um die Demokratie in der Zukunft. "Partizipation gehört dazu, wenn wir mündige Bürger herausbilden wollen", so die Sachverständige. Wichtig sei jedoch, die Heranwachsenden nur einzubeziehen, wenn es wirklich was zu entscheiden gibt: "Es darf kein Schein sein."

4. Spannende Alternativen schaffen

Dem stimmte auch **Prof. Dr. Walther Specht** von der **Universität Tübingen** zu. Attraktive Jugendarbeit ist für ihn ein Mittel, um Kindern und Jugendlichen vor extremistischen Vereinigungen zu schützen.

Denn mit spannenden Angeboten kann man den Jugendlichen aus Sicht des Experten Anerkennung und Geborgenheit geben – das, was sie am dringendsten brauchen. (ldi/29.11.2012)



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

3. Kindertag im Deutschen Bundestag

Auch in der Vorsitzzeit von MdB Diana Golze nahmen Mitglieder der Kinderkommission an den Kindertagen im Deutschen Bundestag teil. Über den Termin am 17. September 2012 wurde unter http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/40588369_kw38_kindertag/index.html wie folgt berichtet:

"Wer nichts tut, kann nichts erreichen"



Schüler der Kleinen Grundschule Groß Schönebeck in der Schorfheide (Brandenburg) im Reichstagsgebäude © DBT/Melde

Rauchende Eltern und rasende Autofahrer sind Themen, die den Schülern der fünften Klasse der **Justus-von-Liebig-Grundschule in Berlin-Friedrichshain** sehr am Herzen liegen. Das wurde deutlich, als die 10- bis 11-Jährigen am **Montag, 17. September 2012**, mit **Nicole Bracht-Bendt (FDP)** und **Diana Golze (Die Linke)**, zwei Mitgliedern der Kiko genannten Kinderkommission des Bundestages, zusammentrafen. Lösen konnten die beiden Abgeordneten die Probleme auf die Schnelle nicht. Aber wertvolle Tipps erhielten die Schüler bei dem Treffen im Rahmen des **vierten Kindertages im Bundestag** in diesem Jahr allemal.

1. Politik der kleinen Schritte

Zu einer "Politik der kleinen Schritte" riet Diana Golze dem Mädchen, das sich Gedanken um ihre und die Gesundheit seiner Mutter machte. "Bitte doch deine Mutter, zum Rauchen auf den Balkon zu gehen und den Konsum langsam zu reduzieren", schlug sie vor. Die 11-Jährige zeigte sich skeptisch. "Das Gespräch darüber endet immer damit, dass sie sagt, ich soll ins Bett gehen."

Golze ließ nicht locker: "Du musst es immer wieder ansprechen", forderte sie. Was die von den Schülern kritisierte fehlende Verkehrsampel vor ihrer Schule angeht, so verwiesen die Bundestagsabgeordneten auf die Zuständigkeit des Bezirksparlaments. Eine Unterschriftensammlung wäre ein guter Weg, schlug Nicole Bracht-Bendt vor, denn: "Wer nichts tut, kann nichts erreichen."



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

2. Vielerorts Kinder- und Jugendparlamente

Die beiden Politikerinnen erläuterten den Kinder auch, was die Kiko mit ihrer Arbeit erreichen möchte. "Wir achten darauf, dass die Kinderrechte in den Gesetzen, die gemacht werden, Beachtung finden", sagte die FDP-Abgeordnete Bracht-Bendt. Jede Fraktion stelle ein Mitglied in der Kommission, sagte sie weiter. "Und das Beste ist: Jeder darf für eine gewisse Zeit mal Chef sein."

Zur Zeit ist dies Diana Golze, die den Schülern erzählte, dass sie als 14-Jährige zur Zeit der Wiedervereinigung den Weg in die Politik gefunden habe. "Damals hieß es immer: Jetzt haben wir eine wirkliche Demokratie, bei der auch das Volk entscheiden kann. An meiner Schule war davon aber gar nichts zu spüren", sagte sie. Für Golze ein Grund, sich selbst einzumischen. Inzwischen gebe es vielerorts Kinder- und Jugendparlamente, in denen auch über Ampeln vor Schulen diskutiert werde, freut sie sich.

3. Raser vor Schulen sind oft die Eltern selbst

Dankbar griffen die Abgeordneten in der Folge eine Anregung aus dem Kreis der Schüler auf, bei den Fragestellungen der Kiko mit Schulklassen zu reden, um gemeinsam mit den Betroffenen Lösungen zu finden. "Das haben wir schon gemacht", betonte Nicole Bracht-Bendt. Etwa bei einem Besuch des Kinderprojekts „Arche“ in Berlin-Hellersdorf oder auch in einer Schule, bei der es Probleme mit der Tempo-30-Zone vor dem Schulgebäude gab.

"Es zeigte sich, dass es die Eltern der Schüler waren, die sich oft nicht an die Geschwindigkeitsbeschränkung gehalten haben", sagte Diana Golze. Die Kiko-Mitglieder hätten sich daraufhin auf der Straße postiert, Autos angehalten und um mehr Aufmerksamkeit gebeten.

4. Kiko kann nicht alle Probleme lösen

Bei allem Einsatz gibt es jedoch Probleme, bei denen auch die Kiko nicht helfen kann, räumte die Linken-Abgeordnete ein. "Wir können weder für mehr Ferien noch für mehr Taschengeld und auch nicht für weniger Hausaufgaben sorgen", sagte sie augenzwinkernd. Die Schüler waren dennoch von dem Treffen angetan. Ebenso wie von dem Gang durch das Reichstagsgebäude.

Insbesondere die Inschriften der russischen Soldaten hatten es den Kindern angetan, erzählt die Klassenlehrerin Frau Franke. "Einige Kinder können die kyrillischen Buchstaben lesen, weil ihre Eltern aus Russland stammen", erklärt sie.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

VII. Kinder- und jugendpolitische Termine der Mitglieder der Kinderkommission

Abgeordnete Diana Golze

Die kinder- und jugendpolitischen Termine liegen nicht vor.

Abgeordneter Eckhard Pols

04.05.2012	Gespräch mit dem Dienstleistungsnetzwerk für Alleinerziehende in Lüneburg
08.05.2012	Podiumsdiskussion der KAS zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Berlin
09.05.2012	Verleihung Medienpreis des Berufsverbandes Kinder- und Jugendärzte, Berlin
14.05.2012	EU-Projekttag in der Christianischule, Lüneburg
12.06.2012	Ausstellungseröffnung PLH – Kinder in bewaffneten Konflikten
18.06.2012	Gespräch mit PRO FAMILIA, Lüneburg
18.06.2012	Besuch der Kindertafel Lüneburg
20.06.2012	Veranstaltung FaMi-Siegel für familienfreundliche Unternehmen in Nordostniedersachsen, Lüneburg
27.06.2012	Parlamentarisches Frühstück der BAG Katholische Jugendsozialarbeit
04.09.2012	„1 Jahr Bundesfreiwilligendienst“, Bundeskanzleramt
09.09.2012	Tag der Ein- und Ausblicke, Berlin
11.10.2012	Gespräch Kita-Stadtalternrat zu Kita-Gebühren in Lüneburg
05.11.2012	Veranstaltung „Bundesinitiative Frühe Hilfen“, Berlin
15.11.2012	Eröffnung Kinder- und Jugendbuchwoche Lüneburg



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

- | | |
|------------|--|
| 19.11.2012 | Veranstaltung des ZDH zum Thema: „Familienfreundlichkeit – Erfolgsfaktor für Handwerksunternehmen“ |
| 20.11.2012 | Veranstaltung des BMFSFJ: „20 Jahre Ratifikation der UN-Kinderrechtskonvention“ |
| 21.11.2012 | Gespräch mit BMin Dr. Kristina Schröder zum Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz |
| 26.11.2012 | Kindertag im Bundestag |
| 28.11.2012 | Politfrühstück mit dem VPK zu Themen der Kinder- und Jugendhilfe |
| 28.11.2012 | Jugendpolitisches Gespräch mit der AGJ |
| 30.11.2012 | Jubiläumsveranstaltung Tageselternverein, Lüneburg |
| 05.12.2012 | Bundesverband für Erziehungshilfe e. V. „Gesundes Aufwachsen in Familien mit psychisch kranken Eltern – aber wie?“, Berlin |
| 17.12.2012 | Kindertag im Bundestag |
| 07.01.2013 | Gespräch in der Kita „Rasselrübe“, Lüneburg |
| 08.01.2013 | Gespräch mit dem Stadtjugendpfleger der Hansestadt Lüneburg zur Jugendpolitik |
| 09.01.2013 | Gespräch mit der Hansestadt Lüneburg zum Thema: „Kinderschutz/Frühe Hilfen“ |

Abgeordnete Marlene Rupprecht

- | | |
|------------|---|
| 03.05.2012 | Leipzig, Fachforum Leipzig „Weichenstellung für die Zukunft! Übergänge im Jugendalter gestalten“, Podiumsdiskussion |
| 04.05.2012 | WK, Humanistischer Verband, Nürnberg, Kinderkrippe, Gespräch |
| 11.05.2012 | bzga, Jugendaktion „gut drauf – Gesundheitsförderung für Jugendliche“, Gespräch |
| 11.05.2012 | WK, Nürnberg, Kinderschutztage, Fachtagung, Rede |



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

16.05.2012	WK, Wolfgang Borchert-Gymnasium, Europatag, Schulbesuch, Gespräch
17.05.2012	WK, Pestalozzi-Oberschule, „Kinderrechte“, Gespräch
25.05.2012	GKind, Lübeck, „Kinderschutzambulanzen – ein Thema für die Ki-ko?“, Fachtagung, Vortrag
01.06.2012	VLKGD-Obleutetagung „Kindergesundheit“, Fachtagung, Rede
09.06.2012	Bad Wörishofen, „Gesunde Ernährung im Kindesalter“, Podiumsdiskussion
10.06.2012	WK, Nürnberg, „Kindergipfel“, Fachtagung, Rede
11.06.2012	Deutscher Verein, Ombudschaft und Beschwerdemanagement in der Kinder- und Jugendhilfe, Fachtagung
15.06.2012	40 Jahre Deutsches Kinderhilfswerk, Jubiläum, Fachtagung
19.06.2012	KTK „Zeit und Raum für Kinder – 100 Jahre KTK-Bundesverband“, Grußwort
12.07.2012	Berlin, Gymnasium Mellendorf aus Hannover, Gespräch
17.07.2012	WK, Kinderarche, Preisverleihung, Grußwort
27.07.2012	WK, Schickedanz-Schule, Gespräch
08.08.2012	WK, Kinderarche, Gespräch
23.08.2012	Ethikrat, Thema Beschneidung, Fachgespräch
29.09.2012	WK, Fürth, Thema Beschneidung, Fachgespräch
05.09.2012	Straßburg, Kampagne ONE in Five, Workshop
07.09.2012	Paris, Europarat, SozialA, Auslandsadoption
10.09.2012	Jugendsozialarbeit, Kooperationsverb. „Wann, wenn nicht jetzt? – Ausbildung und Teilhabe für alle jungen Menschen ermöglichen!“, Fachgespräch



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

20.09.2012	Dresden, SPD-Fraktion, Bundeskinderschutzgesetz, BE, Sprecherkonferenz
21.09.2012	Pro Kinderrechte, Telefoninterview
22.09.2012	WK, Weltkindertag
26.09.2012	AG Internationale Kooperation, Europaratskampagne, BE
01.-05.10.2012	Straßburg, Europarat PV
10.10.2012	mdr-Kulturradio zum Gesetzentwurf Beschneidung, Interview
11.10.2012	München, Europäischer Gesundheitskongress, Reha für Kinder und Jugendliche, Rede, Fachtagung
12.10.2012	WK, Johanniter, „Kinder und Jugendliche trauern anders“, Fachgespräch
17.10.2012	SPD-Fraktion, zum Gesetzentwurf Beschneidung, fraktionsoffener Abend
24.10.2012	Jugendpolitische Abendrunde, Fachgespräch
19./20.11.2012	Moskau, Europarat, SozialA, One in Five Campaign, BE, Fachtagung
04.12.2012	Besuch im WK von Dr. B. Hendricks, MdB, „Warum Kinderrechte ins GG gehören“, WK-Besuch, Podiumsdiskussion
11.12.2012	Runder Tisch zum sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen, Fachgespräch, Bilanz
15.01.2012	BMG „Weiterentwicklung der SAPV für Kinder und Jugendliche“, Fachgespräch
21./22.01.2013	Straßburg, Europarat PV

Abgeordnete Nicole Bracht-Bendt

26.04.2012	Girls' and Boys' Day: Schülerpraktikum im MdB-Büro
------------	--



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

16.05.2012	Übernahme der Schirmherrschaft im Kinderhospiz Balthasar, Olpe
6.06.2012	Einweihung der Realschule am Kattenberg, Buchholz
15.06.2012	Treffen mit dem Bundesverband Kinderhospiz e. V., Berlin
22.06.2012	Einweihung des Gymnasiums am Kattenberg, Buchholz
26.06.2012	Babyklappe und Anonyme Geburt – Informationsabend der Caritas Berlin
13.07.2012	Einweihung des Neubaus von Mehrgenerationenhaus und Krippe, Barnstorf
24.07.2012	Besuch des Kinder- und Jugendtelefons, Göttingen
17.09.2012	Besuch von Trauerzeit e. V. in Berlin – Zentrum für trauernde Kinder und Familien
19.09.2012	Besuch von CJD-Kita und Grundschule in Suhlendorf
24.09.2012	Fachgespräch „Mehr Familie wagen – für ein besseres Leben von Kindern Inhaftierter“, Haus der Caritas, Berlin
30.09.2012	Besuch des Kinderhospizes Sonnenhof in Berlin; Björn-Schulz-Stiftung
13.11.2012	Besuch des Kinder- und Jugendrestaurants K.bert (Hildesheimer Tafel), Hildesheim
20.11.2012	UNICEF, Mitmischen-Chat zum Thema: „Ich hab‘ immer Rechte“, Bundestag

Abgeordnete Beate Walter-Rosenheimer

15.05.2012	Besuch bei buss-Kinder e. V. – Familienkreis behinderter und schwerkranker sterbender Kinder, Germering
22.06.2012	Gymnasium Fürstenried, Gespräch mit 10. Klassen zum Thema „Wirtschaftsethik“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

- | | |
|------------|--|
| 17.07.2012 | Gespräch mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Spielmobile e. V. über dessen Arbeit für ein kinder- und familienfreundliches Deutschland |
| 23.07.2012 | Praktischer Tag: Integrativer Kinderhort Germering |
| 25.07.2012 | Praktischer Tag: Kindergarten Cäcilia II, Germering |
| 26.07.2012 | Praktischer Tag: Städtischer Schulkindergarten in der Kirchenschule |
| 04.10.2012 | Gespräch mit dem Projekt „sichere Wies'n“ und AMYNA – Institut zur Prävention von sexuellem Missbrauch |

Diana Golze, MdB
Vorsitzende



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

VIII. Anlagen

Anlage	Datum	Dokument	Seite
1	26.04.2012	Kinderkommission zum Zukunftstag für Mädchen und Jungen am 26. April 2012	60
2	02.05.2012	Gemeinsame Pressekonferenz der Kinderkommission mit der ARD-Fernsehlotterie	61
3	14.05.2012	Kinderkommission zum Internationalen Tag der Familie am 15. Mai 2012	62
4	18.05.2012	Kinderkommission zu Besuch bei „Die Arche – Christliches Kinder- und Jugendwerk e. V.“	63
5	24.05.2012	Internationaler Tag der vermissten Kinder am 25. Mai 2012: Kinderkommission begrüßt Hotline für Familien von vermissten Kindern	64
6	25.05.2012	Kinderkommission zum Weltspieltag am 28. Mai 2012: „Gemeinsam spielen“	65
7	31.05.2012	Kinderkommission zum Internationalen Kindertag am 1. Juni	67
8	06.06.2012	Öffentliches Expertengespräch der Kinderkommission: „Was braucht ein Kind?“	68
9	07.06.2012	Kinderkommission zum nationalen Kindersicherheitstag am 10. Juni 2012	69
10	11.06.2012	Kinderkommission zum Welttag gegen Kinderarbeit am 12. Juni 2012	70
11	18.09.2012	Kinderkommission zum Weltkindertag am 20. September 2012: „Kinder brauchen Zeit“	72
12	25.09.2012	Kinderkommission zum Tag der Integration am 25. September 2012	73



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

13	17.10.2012	Öffentliches Expertengespräch der Kinderkommission: „Woran erkennt man eine kindgerechte Kommune?“	74
14	15.11.2012	Kinderkommission beim Vorlesen am 16. November 2012	75
15	19.11.2012	Kinderkommission zum Tag der Kinderrechte am 20. November 2012	76
16	22.11.2012	Kinderkommission trifft Vertreterinnen und Vertreter des 2. Kongresses der Kinderrechte	77
17	06.12.2012	Kinderkommission zum „Tag des brandverletzten Kindes“ am 7. Dezember 2012	78



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Anlage 1

Pressemitteilung Kinderkommission zum Zukunftstag für Mädchen und Jungen am 26. April 2012

Berlin, 26. April 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Im April 2001 etablierte das Bundesministerium für Bildung und Forschung zusammen mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den Girls' Day – den Mädchen-Zukunftstag –, um Mädchen einen Einblick in die von Männern dominierten Berufszweige zu ermöglichen.

Den interessierten Mädchen werden seitdem wertvolle Einblicke in die technische Arbeitswelt gewährt – und das mit steigendem Erfolg. Seither entwickeln sich die Zahlen der Ausbildungs- und Studienanfängerinnen in den technisch-wissenschaftlich geprägten „Männerberufen“ positiv. Durch den bundesweiten Aktionstag, der auch in europäischen Nachbarländern Einzug gehalten hat, haben seit 2001 allein in Deutschland bereits über eine Million Mädchen Berufe erkunden können, in denen Frauen bislang unterrepräsentiert sind. Somit leistet der Girls' Day einen wesentlichen Beitrag für die Berufs- und Studienorientierung von Mädchen und jungen Frauen und trägt so dazu bei, weibliche Kompetenzen in eine männlich dominierte Arbeitswelt einzubringen. Bislang entscheiden sich Mädchen nämlich trotz ihrer tendenziell besseren schulischen Leistungen und Bildungsabschlüsse eher für schlechter bezahlte „typisch weibliche“ Berufe im Dienstleistungs- und Sozialbereich und schöpfen so ihre beruflichen Möglichkeiten nicht voll aus. Neben den verpassten Karrierechancen für junge Frauen verliert damit auch die Volkswirtschaft wertvolles Potential.

Diana Golze, Vorsitzende der Kinderkommission, erklärt: „Auch im Deutschen Bundestag werden am Girls' Day wieder viele Mädchen unterwegs sein, um sich ein Bild vom Geschehen in der Politik zu machen. Leider gehört auch dieser Bereich zu den männerdominierten Berufen. Wir wollen Mädchen und junge Frauen motivieren, sich stärker in „männertypische“ Berufe einzubringen – das kann auch dem Deutschen Bundestag nicht schaden!“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Anlage 2

Pressemitteilung

Gemeinsame Pressekonferenz der Kinderkommission mit der ARD-Fernsehlotterie

Berlin, 2. Mai 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Zeit: Mittwoch, 9. Mai 2012, 15.00 Uhr

Ort: Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal 2.200

Die Kinderkommission unterstützt nunmehr zum fünften Mal die ARD-Kinderreisen, die bereits vielen bedürftigen Kindern zu einer Urlaubsreise verholfen haben.

Die Kinderkommission sieht die Bedeutung dieser Kinderreisen vor allem in ihrem wichtigen sozialen und integrativen Charakter. Kindern aus einkommensschwachen Haushalten wird ein Ausflug aus ihrem Alltag und eine Ferienreise, wie sie für andere Kinder aus Deutschland vielfach eine Selbstverständlichkeit ist, ermöglicht.

Zur Vorstellung des bisher Erreichten lädt die Kinderkommission zusammen mit der ARD-Fernsehlotterie zu einer gemeinsamen Pressekonferenz ein.

Neben den Mitgliedern der Kinderkommission werden Christian Kipper, Geschäftsführer der ARD-Fernsehlotterie, der Botschafter der Kinderreisen Henry Maske, Dr. Manfred Knof, Mitglied des Vorstandes der Allianz AG, eine Vertreterin/ein Vertreter der Deutschen Bahn AG sowie Kinder des Kinderschutzbundes Berlin an der Pressekonferenz teilnehmen und für Fragen zur Verfügung stehen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Anlage 3

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Internationalen Tag der Familie am 15. Mai 2012

Berlin, 14. Mai 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Im Jahr 1993 wurde der "Internationale Tag der Familie" durch eine Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen geschaffen, die damit die Bedeutung der Familie als wichtigste Grundlage jeder Gesellschaft herausstellen möchte.

Zusammen mit der Weltgesundheitsorganisation wollen die Vereinten Nationen damit die Bedeutung und die Wichtigkeit der Familie für ein gesundes und glückliches Aufwachsen von Kindern herausstellen. Als Keimzelle der Gesellschaft kommt der Familie auch gesamtgesellschaftlich eine große Bedeutung zu. In ihr werden Kinder geprägt. Hier sollen sie Nähe und Geborgenheit finden und grundlegende Dinge wie die Übernahme von Verantwortung und Rücksichtnahme lernen.

Der Alltag der Familien hat sich in den vergangenen Jahren massiv gewandelt. Die Anforderungen an jedes einzelne Mitglied der Gesellschaft sind größer geworden und dies überträgt sich auch auf das Familienleben. Im Alltagsleben von Familien geht es oft darum, Familienleben und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Damit Familien in dieser komplexen und schnelllebigen Zeit ihren Aufgaben gerecht werden können, müssen sie gestärkt werden. Hier sind Staat und Gesellschaft nach wie vor gefordert. Wie ein Zusammenspiel beider Akteure auf diesem Feld aussehen kann, zeigen die Lokalen Bündnisse für Familie.

Die Vorsitzende der Kinderkommission Diana Golze: „Familien brauchen unsere Unterstützung. Eine moderne Familienpolitik muss gute Rahmenbedingungen für alle Familien schaffen. Der 8. Familienbericht der Bundesregierung belegt, Familien brauchen Zeit, Geld und Infrastruktur, um sich zu verwirklichen.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Anlage 4

Pressemitteilung Kinderkommission zu Besuch bei „Die Arche – Christliches Kinder- und Jugendwerk e. V.“

Berlin, 18. Mai 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Zeit: Mittwoch, 23. Mai 2012, 15.00 – 17.00 Uhr

Ort: Die Arche – Christliches Kinder- und Jugendwerk,
Tangermünder Str. 7, 12627 Berlin

Die Mitglieder der Kinderkommission werden am 23. Mai 2012 „Die Arche“ in Berlin-Hellersdorf besuchen.

Das Christliche Kinder- und Jugendwerk „Die Arche“ e. V. wurde 1995 von Bernd Siggelkow in Berlin gegründet. Ziel des Vereins ist es, Kinder von der Straße zu holen, gegen soziale Defizite zu agieren sowie Kinder wieder ins Zentrum der Gesellschaft zu stellen. In ihren Einrichtungen bietet die „Arche“ täglich kostenlos eine vollwertige, warme Mahlzeit, Hausaufgabenhilfe, Freizeitbeschäftigungen mit Sport und Musik und vor allem viel Aufmerksamkeit.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages befasst sich derzeit schwerpunktmäßig mit dem Thema „Soziale Lage von Kindern und Jugendlichen“. Im Rahmen der Befassung mit diesem sehr schwierigen Thema wollen sich die Kommissionsmitglieder vor Ort die einzelnen Facetten dieser wichtigen Arbeit der Archen erläutern lassen.

Pressevertreter sind herzlich eingeladen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Anlage 5

Pressemitteilung

Internationaler Tag der vermissten Kinder am 25. Mai 2012: Kinderkommission begrüßt Hotline für Familien von vermissten Kindern

Berlin, 24. Mai 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Am 25. Mai 1979 verschwand im New Yorker Stadtteil Soho der damals sechsjährige Etan Patz spurlos. Ihm zum Gedenken wurde vier Jahre später der Internationale Tag der vermissten Kinder eingeführt, der auch in Europa begangen wird. Etwa 50.000 Anzeigen über vermisste Kinder und Jugendliche gehen in Deutschland jährlich bei der Polizei ein.

Der „Initiative Vermisste Kinder“ wurde im März 2011 die Rufnummer 116 000 für eine Hotline für vermisste Kinder zugeteilt. Betroffene werden durch die Hotline bei der Suche nach ihrem vermissten Kind unterstützt. Darüber hinaus werden Meldungen über vermisste Kinder entgegengenommen und an die Polizei weitergeleitet.

Damit wurde eine Entscheidung der Europäischen Kommission umgesetzt, mit der die Mitgliedstaaten verpflichtet wurden, den sechsstelligen Rufnummernbereich, der mit den Ziffern „116“ beginnt, für Dienste mit sozialem Wert in Europa zu reservieren.

Es war eine der ersten praktischen Maßnahmen, die auf Grundlage der Mitteilung der Kommission im Hinblick auf eine EU-Kinderrechtsstrategie veranlasst wurde. Die Kombination „gleiche Nummer – gleicher Dienst“ soll gewährleisten, dass ein bestimmter Dienst überall in der Europäischen Union mit derselben Rufnummer in Verbindung gebracht wird. Eine einheitliche Rufnummer hilft Kindern und Eltern in Not, wenn sie sich außerhalb ihres Herkunftsmitgliedstaats befinden.

Die Kinderkommission begrüßt die Einrichtung dieser für die Betroffenen wichtigen Hotline. Die Vorsitzende der Kinderkommission, Diana Golze: „Endlich kann Eltern auch in Deutschland diese wichtige Hilfe angeboten werden, wenn ihr Kind z. B. im Urlaub vermisst wird. Ich freue mich daher sehr über die Inbetriebnahme dieser Servicenummer und hoffe auf schnelle Hilfe für alle Betroffenen.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Anlage 6

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Weltspieltag am 28. Mai 2012: „Gemeinsam spielen“

Berlin, 25. Mai 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Erstmals im Jahr 2000 haben die Vereinten Nationen den Weltspieltag proklamiert. Er ist ein Aktionstag, an dem Kinder und Jugendliche auf ihr Recht auf freies Spiel aufmerksam machen können und sollen.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages begrüßt die Verbreitung des Weltspieltages und die diesjährigen Initiativen des Deutschen Kinderhilfswerkes und des Bündnisses „Recht auf Spiel“ unter dem Motto „Gemeinsam spielen“.

Kinder und Jugendliche haben nach Artikel 31 der UN-Kinderrechtskonvention das Recht auf Ruhe und Freizeit, auf Spiel und altersgemäße Erholung. Sie brauchen Platz und Bewegung für eine gesunde körperliche Entwicklung und um zu lernen. Über das Spiel entwickeln sie motorische Fähigkeiten und eignen sich soziale Kompetenzen an.

Die Tage der Kinder und Jugendlichen in der heutigen Zeit sind sehr stark zeitlich eingetaktet und häufig alles andere als stressfrei. Ruhepausen und Rückzugsmöglichkeiten zum ungestörten Spielen sind deshalb für sie besonders wichtig – und sie werden immer weniger. Kinder und Jugendliche beklagen dieses Fehlen von Freiräumen in ihrem Alltag.

Das Spiel der Kinder und der Jugendlichen sollte aber ganz selbstverständlich und an unterschiedlichen Orten möglich sein.

Spielräume bieten Kindern und Jugendlichen wichtige Risiko- und Grenzerfahrungen. Das gemeinsame ungezwungene Spiel fordert die Kreativität und erleichtert die Kontaktaufnahme zwischen Kindern aus unterschiedlichen sozialen Schichten und unterschiedlichen Kulturkreisen. Es hilft, vorhandene Vorurteile abzubauen oder sie gar nicht erst entstehen zu lassen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Diana Golze: „Spielen ist für Kinder ihre ganz natürliche Art, ihre Umgebung zu begreifen, Neues zu lernen und Erfahrungen mit anderen Menschen zu sammeln. Das Recht auf Spiel ist daher ganz selbstverständlich ein Kinderrecht. Aufgabe der Politik ist es also, den Kindern Räume und Zeit zum Spielen zu schaffen und sie entsprechend ihres Alters an der Gestaltung ihrer ‚Spielräume‘ zu beteiligen.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Anlage 7

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Internationalen Kindertag am 1. Juni

Berlin, 31. Mai 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Der 1. Juni wurde im Jahr 1949 in der DDR zum Kindertag ausgerufen, der für die Kinder schon damals ein besonderes Ereignis darstellte. In der Bundesrepublik wurde seit 1954 mit der Erklärung der Rechte des Kindes der Vereinten Nationen der Weltkindertag am 20. September begangen. Beide Tage hatten und haben zum Ziel, die Kinderrechte stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen und haben deshalb weiterhin ihre Berechtigung.

Es ist daher nur gut und richtig, gute Traditionen wie diese weiterzupflegen und in Deutschland zweimal im Jahr die Anliegen der Kinder in den Fokus zu nehmen. Die Kinder wird es freuen, so kommen sie zweimal im Jahr in den Genuss von Kinderfesten mit buntem Spiel- und Spaßprogramm.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages begrüßt die zahlreichen Initiativen und Aktionen, die auch dieses Jahr rund um den 1. Juni in allen größeren Städten stattfinden.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Diana Golze: „Der 1. Juni ist seit vielen Jahren ein Feiertag für Kinder in der ganzen Welt. Dieser Tag soll nur ihnen gehören, nur ihnen gewidmet sein. Sie sollen spielen und toben und die Möglichkeit bekommen, gemeinsam mit anderen Kindern ein Stück Welt zu erforschen und zu erobern. Es ist ein Tag, an dem aber ebenfalls daran erinnert werden soll, dass den Bedürfnissen von Kindern auch oder gerade in unserer Zeit nicht umfassend nachgekommen wird. Nicht ohne Grund hat die Kinderkommission die Schirmherrschaft für das große Kinderfest im FEZ übernommen, von dem die Kinder neben den vielen Spiel- und Unterhaltungsangeboten, die zu einem solchen Tag dazu gehören, auch viel über ihre Rechte lernen und Ideen mitnehmen können.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Anlage 8

Pressemitteilung

Öffentliches Expertengespräch der Kinderkommission: „Was braucht ein Kind?“

Berlin, 6. Juni 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Zeit: Mittwoch, 13. Juni 2012, 16.00 bis 17.30 Uhr

Ort: Paul-Löbe-Haus, Saal 2.200

In Deutschland leben laut der aktuellsten Unicef-Studie 1,2 Millionen Kinder in Armut. Im Vergleich mit 28 anderen Staaten erreicht Deutschland bei der Versorgung von Kindern damit lediglich Platz 15. Woran mangelt es hierzulande einem nicht unbeträchtlichen Teil der Kinder und Jugendlichen?

Die Kinderkommission möchte sich in dieser öffentlichen Sitzung darüber informieren, was Kinder benötigen, um erfüllt und gesund aufwachsen zu können. Sie hat hierzu folgende Experten eingeladen:

- **Prof. Dr. Anne Lenze**
(Hochschule Darmstadt)
- **Dr. Rudolf Martens**
(Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.)

Interessierte Medienvertreter melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Telefon: +49 30 227-30551, **E-Mail: kinderkommission@bundestag.de**) unter Angabe des Namens, Vornamens und Geburtsdatums bis spätestens zum 12. Juni 2012 an. Besucher werden gebeten, den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Anlage 9

Pressemitteilung

Kinderkommission zum nationalen Kindersicherheitstag am 10. Juni 2012

Berlin, 7. Juni 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Jedes Jahr am 10. Juni findet der nationale Kindersicherheitstag statt. Dieser hat das Ziel, auf Kinderunfälle und den Möglichkeiten ihrer Prävention aufmerksam zu machen.

Der Fokus des diesjährigen Kindersicherheitstages richtet sich auf die Vermeidung von Vergiftungsunfällen und steht unter dem Motto „Achtung giftig! Mehr Sicherheit für Kinder“.

Etwa 19.000 Kinderunfälle pro Jahr ereignen sich im Zusammenhang mit einer Vergiftung. Im Alter von 7 Monaten bis 4 Jahren zählen sie zu den häufigsten Unfallarten. Die meisten Vergiftungsunfälle im Kindesalter geschehen durch die Einnahme von Haushaltsprodukten wie Reinigungsmittel, aber auch Medikamente, Tabak, Alkohol und Erzeugnisse zur Körperpflege wie Lotion oder Rasierwasser.

Der Kindersicherheitstag will auch in diesem Jahr insbesondere Eltern auf die möglichen Gefahrenquellen hinweisen. Mit gezielten Maßnahmen könnten die Zahlen der Vergiftungsfälle deutlich gesenkt werden. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Mehr Sicherheit für Kinder e. V. stellt hierfür umfangreiches Informationsmaterial für Eltern und Kinder zur Verfügung, mit dem auch die Kleinsten spielerisch für die Gefahren sensibilisiert werden.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Diana Golze, zum Kindersicherheitstag: „Besonders Kleinkinder können Gefahrenpotenziale nicht einschätzen. Deshalb müssen Eltern auf Gefahrenquellen aufmerksam gemacht werden. Der Kindersicherheitstag dient daher in erster Linie der Sensibilisierung für dieses wichtige Thema.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Anlage 10

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Welttag gegen Kinderarbeit am 12. Juni 2012

Berlin, 11. Juni 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Bittere Armut treibt viele Familien dazu, ihre Kinder arbeiten zu schicken. Arbeitslosigkeit, ungerechte Landverteilung, Verschuldung und Preisverfall der Rohstoffe führen dazu, dass Familien auf die Einkünfte aus der Kinderarbeit angewiesen sind. Fehlende soziale Absicherungen und Kürzungen der Sozialausgaben vieler Regierungen lassen aber auch erkennen, dass eine Verbindung zwischen der Ausbeutung der Arbeitskraft von Kindern und der krisenhaften Entwicklung der Weltwirtschaft besteht.

Von den 215 Millionen weltweit arbeitenden Kindern schufteten 115 Millionen im Alter zwischen fünf und 17 Jahren in Jobs, die zu den unwürdigsten Formen von Kinderarbeit gehören wie beispielsweise Sklaverei, Schuldknechtschaft und Prostitution, die für die Gesundheit, Sicherheit und die Entwicklung von Kindern schädlich sind.

Der Traum von einer Schulbildung bleibt für diese Kinder meistens unerfüllbar. Ohne Schulbildung werden sie – wie ihre Eltern – nicht in der Lage sein, ihre eigenen Kinder zu ernähren und auch gezwungen sein, diese wiederum durch Kinderarbeit ausbeuten zu lassen.

Mit dem Welttag gegen Kinderarbeit am 12. Juni soll dazu aufgerufen werden, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Die Kinderkommission begrüßt es, dass sich viele Hilfsorganisationen und die Deutsche Entwicklungshilfe weltweit gegen die Ausbeutung von Kindern einsetzen und sich dafür engagieren, den Kindern ihre Kindheit wiederzugeben. Den Familien müssen Alternativen zur Kinderarbeit geboten werden und den Kindern muss der Besuch einer Schule oder eine berufliche Ausbildung ermöglicht werden.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Diana Golze, erklärt hierzu: „Kinder haben das Recht auf Spiel, Gesundheit, Bildung und kindgerechte Lebensbedingungen. Diese und andere Kinderrechte sind in der UN-Konvention über die Rechte des Kindes festgehalten. Kinderarbeit gehört eindeutig zu den groben Verstößen gegen diese Konvention. Es ist daher dringende Aufgabe der Politik, international auf die Einhaltung der Kinderrechte und das Verbot von Kinderarbeit zu drängen.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Anlage 11

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Weltkindertag am 20. September 2012: „Kinder brauchen Zeit“

Berlin, 18. September 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Die Mitglieder der Kinderkommission nehmen das Motto des diesjährigen Weltkindertages als einen Auftrag für ihre weitere Arbeit an und begrüßen die zahlreichen unterschiedlichen Veranstaltungen und Aktionen.

Das ausgewählte Motto „Kinder brauchen Zeit“ ist ein wichtiges Signal, um die nach der UN-Kinderrechtskonvention bestehenden Rechte der Kinder auf Spiel und Freizeit, auf elterliche Fürsorge und auf Beteiligung stärker ins Bewusstsein rücken.

Zu oft sind die Tage von Kindern und Jugendlichen viel zu eng eingetaktet. Neben einem immer stärker fordernden Schulalltag steigt auch der Freizeitstress durch vielfältige Aktivitäten mit hohen Anforderungen. Kinder brauchen aber Zeit, um zu spielen, sich zu entspannen und sich selbst zu verwirklichen und auszuprobieren. Ebenso von Bedeutung sind Freiräume für gemeinsame Zeit mit ihren Eltern und Großeltern. Nur so können verlässliche Beziehungen aufgebaut werden.

Wie wichtig auch der Kinderkommission das Recht auf Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist, zeigt sich an ihrer Befassung mit dem Themenkomplex „Beteiligung von Kinder und Jugendlichen“, der sie noch bis Januar 2013 beschäftigen wird.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Diana Golze, erklärt: „Jeder Tag sollte ein Weltkindertag sein. Umso wichtiger sind aber die Signale, die vom Weltkindertag am 20. September ausgehen. Es geht eben nicht nur um Zeit für Kinder. Kinder brauchen Zeit, über die sie selbstbestimmt verfügen und die sie für sich sinnvoll nutzen können. Die Aufgabe der Politik ist es, ihnen genau diese Zeit zu geben und die Grundlage für ein kindgerechtes Aufwachsen unter bestmöglichen Bedingungen zu ermöglichen.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Anlage 12

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Tag der Integration am 25. September 2012

Berlin, 25. September 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Im Jahr 2005 initiierte der damalige Bundesinnenminister den Tag der Integration. Dieser Tag soll eine Aufforderung sein, den Integrationsgedanken nicht nur zu pflegen, sondern auch umzusetzen. Seither finden bundesweit verschiedenste Initiativen statt, die an diesen Tag erinnern und für ein Miteinander der Kulturen werben. Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages begrüßt diese vielfältigen Aktionen ausdrücklich und möchte auch für den Alltag zur Nachahmung motivieren.

Ein Schlüssel zur Integration ist die Beherrschung der deutschen Sprache, damit die Kinder aus Zuwandererfamilien gleichberechtigte Chancen für eine Teilhabe an der Gesellschaft erhalten. In den Kindertageseinrichtungen und Kindergärten werden dafür durch Sprachbildung die Grundlagen gelegt und die Weichen gestellt. Darüber hinaus kommen hier Kinder aus den unterschiedlichen Kulturen spielerisch miteinander in Kontakt, so dass Vorurteile und Berührungsängste gar nicht erst entstehen. Außerdem müssen Kinder mit und ohne Migrationshintergrund darin unterstützt werden, Vielfalt wertzuschätzen. Es gilt, zugewanderte Eltern in ihrer Verantwortung für die Zukunft ihrer Kinder zu unterstützen, um ihnen die Basis für die Möglichkeiten zu schaffen, die sie hier in Deutschland haben.

Diana Golze, Vorsitzende der Kinderkommission: „Selbst wenn oft von Integration gesprochen wird, so ist das Miteinander der Kulturen in Deutschland noch lange nicht selbstverständlich. Auch der Begriff Integration an sich lässt viel Raum für Diskussion. Ist es nicht an der Zeit, den Gedanken der Inklusion über das Thema Bildung hinaus zu begreifen? Eine inklusive Gesellschaft wäre eine erstrebenswerte Integrationsleistung, die alle Menschen und Kulturen so annimmt, wie sie sind.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Anlage 13

Pressemitteilung

Öffentliches Expertengespräch der Kinderkommission: „Woran erkennt man eine kindgerechte Kommune?“

Berlin, 17. Oktober 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Zeit: Mittwoch, 24. Oktober 2012, 16.00 bis 17.30 Uhr

Ort: Paul-Löbe-Haus, Saal 2.200

Eine kinder- und familienfreundliche Stadtentwicklung gewinnt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und schrumpfender Städte eine zunehmende Bedeutung. Wie sieht eine kindgerechte Kommune aus? Was zeichnet sie aus?

Diese Fragen und mehr möchte die Kinderkommission in dieser öffentlichen Sitzung unter dem Thema „Woran erkennt man eine kindgerechte Kommune?“ erörtern. Sie hat hierzu folgende Expertinnen und Experten eingeladen:

- **Dr. Heide-Rose Brückner**
(Kinderfreundliche Kommunen e. V.)
- **Jens Hubald**
(ISP Steinbrecher & Partner Ingenieurgesellschaft mbH)
- **Larissa Meinunger**
(Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.)
- **Anne Lütkes**
(UNICEF)

Interessierte Medienvertreter melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Telefon: +49 30 227-30551, **E-Mail: kinderkommission@bundestag.de**) unter Angabe des Namens, Vornamens und Geburtsdatums bis spätestens zum 22. Oktober 2012 an. Besucher werden gebeten, den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Anlage 14

Pressemitteilung

Kinderkommission beim Vorlesetag am 16. November 2012

Berlin, 15. November 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Am Freitag, 16. November 2012, findet zum neunten Mal der bundesweite Vorlesetag der Stiftung Lesen e. V. statt.

Die Idee: Jeder, der Spaß am Vorlesen hat, liest an diesem Tag anderen etwas vor.

Die jährliche Resonanz gibt dieser Idee recht. Im letzten Jahr fanden bundesweit über 12.000 Vorleseaktionen statt.

Neben zahlreichen Prominenten, die am 16. November in Bibliotheken, Kindergärten, Schulen und Buchhandlungen unterwegs sein werden, sind auch Mitglieder der Kinderkommission des Deutschen Bundestages dem Aufruf gefolgt und werden in ihren Wahlkreisen an unterschiedlichen Veranstaltungsorten interessierten Kindern und Jugendlichen vorlesen.

Dieser Aktionstag möchte ein öffentlichkeitswirksames Zeichen für das Lesen setzen und die Lust am Lesen entfachen. Der Tag soll dazu beitragen, Lesekompetenz zu erwerben und Bildungschancen auszubauen.

Lesen und Vorlesen sind für Vorstellungskraft, Kreativität und Bildung unerlässlich und bilden die Grundlage für die Neugier aufs Unbekannte. Kinder, denen regelmäßig vorgelesen wurde, greifen auch als Erwachsene noch regelmäßig zu Büchern, um sich zu bilden, aber auch zu unterhalten. Kindern vorzulesen ist also ein nachhaltiger Beitrag für ein lebenslanges Lernen und dafür, Neugierig zu bleiben. Dass der Griff zum Buch nicht nur der Information und Wissensgewinnung dient, sondern auch spannend wirkt, ist unbestritten. Dies gilt auch für Kinder, die heute einer Vielzahl optischer Reize, Lärm und Stress ausgesetzt sind. Eine vorgelesene Geschichte kann da zu einer Oase der Ruhe werden.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Anlage 15

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Tag der Kinderrechte am 20. November 2012

Berlin, 19. November 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Seit 1989 ist der 20. November „Internationaler Tag der Kinderrechte“. Seit diesem Tag haben 191 Staaten die UN-Kinderrechtskonvention, die allen Kindern auf der Welt in 54 Artikeln die gleichen Rechte gibt, ratifiziert.

Leider haben sich dadurch nicht automatisch die Lebensbedingungen der Kinder geändert. Noch immer fehlen vielen Kindern grundlegende Dinge wie sauberes Wasser, Nahrung, medizinische Hilfe oder einfach ein Dach über dem Kopf.

Diese existenziellen Probleme haben Kinder in Deutschland glücklicherweise nicht. Aber auch die Bundesrepublik kann aus Sicht der Kinderkommission noch zahlreiche Schritte tun, um Kinderrechte zu stärken. Dies gilt beispielsweise für die Beteiligungsrechte der Kinder, aber auch für das Recht der Kinder auf Schutz vor Armut, Vernachlässigung und Missbrauch. Eine wichtige Möglichkeit für eine bessere Wahrung und Durchsetzung ihrer Rechte ist Kindern nunmehr durch die Ratifizierung des Fakultativprotokolls zum Individualbeschwerdeverfahren gegeben. Danach können Kinder nun Beschwerde einlegen, wenn sie in ihren Rechten verletzt wurden.

Diana Golze, Vorsitzende der Kinderkommission, erklärt: „Die UN-Kinderrechtskonvention ist eine wichtige Arbeitsgrundlage für die Kinderkommission. Wir machen deshalb anlässlich des Tages der Kinderrechte darauf aufmerksam: Wer Kinder ernst nimmt, muss ihre Rechte ernst nehmen. Hier gibt es noch einiges an Arbeit zu leisten.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Anlage 16

Pressemitteilung

Kinderkommission trifft Vertreterinnen und Vertreter des 2. Kongresses der Kinderrechte

Berlin, 22. November 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Zeit: Mittwoch, 28. November 2012, 15.00 bis 16.00 Uhr
Ort: Paul-Löbe-Haus, Saal 2.200

Eine Delegation von Teilnehmerinnen und Teilnehmern des 2. Kongresses der Kinderrechte wird den Mitgliedern der Kinderkommission die Ergebnisse ihrer Arbeit vorstellen. Zentrale Forderung des Kongresses an die Politik ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in ihren Belangen. Die Abordnung stößt damit bei der Kinderkommission, die sich derzeit selbst schwerpunktmäßig mit der Verbesserung der Mitwirkungs- und Mitsprachemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen befasst, auf offene Ohren.

Die Sitzung ist medienöffentlich. Interessierte Medienvertreter melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Telefon: +49 30 227-30551, **E-Mail: kinderkommission@bundestag.de**) bis spätestens 26. November 2012 an. Besucher werden gebeten, den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Diana Golze (DIE LINKE.)

Anlage 17

Pressemitteilung

Kinderkommission zum „Tag des brandverletzten Kindes“ am 7. Dezember 2012

Berlin, 6. Dezember 2012

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Jedes Jahr müssen allein in Deutschland mehr als 30.000 Kinder unter 15 Jahren mit Verbrennungen und Verbrühungen ärztlich versorgt werden, ca. 6.000 Kinder verletzen sich so schwer, dass sie stationär behandelt werden müssen.

Seit 1993 engagiert sich Paulinchen – Initiative für brandverletzte Kinder e. V. für die Nöte von thermisch verletzten Kindern und deren Angehörigen. Erstmals im Jahr 2010 initiierte der Verein den Tag des brandverletzten Kindes.

Ziel ist es, an diesem Tag mit unterschiedlichen Aktionen in zahlreichen Städten auf die vielen Kinder mit Brandverletzungen und die schwerwiegenden Folgen der Verletzungen aufmerksam zu machen, die Erste Hilfe zu erläutern und Behandlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Es soll auch mit Präventionskampagnen über Unfallgefahren aufgeklärt und gewarnt werden.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages unterstützt den Tag des brandverletzten Kindes und begrüßt das Engagement des Vereins und seiner Helfer, der neben einem umfangreichen Präventionsangebot den Betroffenen auch wertvolle Hilfestellungen in der Nachbetreuung leistet.

Diana Golze, Vorsitzende der Kinderkommission: „Wissen ist die wichtigste Voraussetzung für die Prävention von Brandverletzungen bei Kindern. Aber auch im konkreten Notfall und bei der Nachbehandlung von Verletzungen sollten Eltern und alle, die privat oder beruflich die Aufsichtspflicht über Kinder übernehmen, genau wissen, was sie tun. Daher danken wir dem Verein Paulinchen für diese wichtige Initiative.“